7. Jahrgang
Nummer 146

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 2. Juli 1925

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe"
„Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. [illegible] Breslau, Ring 8837. Filialexpeditionen: Bunzlau, [illegible] weg 41 b, Lauban, Neußere Görlitzer Straße 1, Liegnitz, [illegible] Straße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, R. 8837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

# Todesurteile im Moskauer Faschistenprozeß beantragt!

(Eigener Drahtbericht.) Moskau, 1. Juli

**Bei atemloser Spannung im Saal ergriff gestern in später Nachtstunde der Vertreter der Anklage gegen die drei deutschen faschistischen Studenten, Genosse Krylenko, das Wort zu einem längeren Plädoyer. Er beantragte gegen**

**Kindermann, Wolscht und Dittmar Todesstrafe.**

**Er vertrat seinen Antrag mit schneidender Schärfe und führte zum Schluß seiner Rede aus; „Ich bin gegen jeden Austausch von Gefangenen. Das bürgerliche Europa gibt vor, daß seine Gerichte über dem Klassenkampf stehen. Wir in Rußland leugnen nicht, daß es bei uns nur eine Klasse gibt, nämlich eine Klasse der Gerechtigkeit. Das bürgerliche Europa nennt die Kommunisten Hunde und behandelt sie auch als solche. Aber die kommunistischen „Hunde" werden zu beißen verstehen." (!)**

*

Trotz des Gezeters der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse ganz Europas scheute sich das sowjetrussische Gericht nicht, gegen drei faschistische Terroristen ein Urteil zu beantragen, das im Sinne der internationalen Arbeiterschaft das einzig richtige ist. Die Moskauer Verhandlungen haben restlos die Schuld der drei Angeklagten und die Aufdeckung ihrer terroristischen Pläne gegen führende Genossen Rußlands und der 3. Internationale ergeben. Noch am letzten Verhandlungstage mußte Kindermann unter dem Druck des vorliegenden Materials eingestehen, daß er nur nach Rußland gekommen sei, „um mit denjenigen Kreisen gut Fühlung zu bekommen, in denen seine Aufgaben zu erfüllen sind". Endgültig ist die Frage der Herkunft und der Pläne der drei Ehrhardtleute in Moskau geklärt worden. Nur der Zufall ihrer Verhaftung wollte es, daß Stalin, Trotzki und Kamenew nicht die Opfer ihrer schurkischen Pläne geworden sind.

Die Justiz des Arbeiterrußland mußte gegen weiße Terroristen das Todesurteil beantragen, auch wenn deutsche Sozialdemokraten diese Urteile benutzen, um die deutschen Militaristen zum Kriege gegen Rußland aufzuhetzen. Zum ersten Mal seit Bestehen der Organisation Consul wurden gegen drei Mitglieder Todesurteile beantragt. In Deutschland hat diese Organisation unzählige Arbeiterleichen auf dem Gewissen. Auch Rathenau, Erzberger und Gareis waren Opfer dieser weißen Bande. Kein deutsches Gericht verurteilte Mitglieder des OC zu den verdienten Strafen. Erst das Moskauer Arbeitertribunal deckte diese Verbrechen auf. Die scharfen eindeutigen Worte des Staatsanwalts Krylenko beweisen, daß Rußland, das Land der siegreichen Arbeiter- und Bauernrevolution sich nicht vor der vereinigten Konterrevolution der Sozialdemokraten und Ehrhardtleute fürchtet.

7000 politische Gefangene sitzen in Deutschland. Kein Sozialdemokrat wagt es, hier Vollamnestie zu verlangen. Aber drei Todesurteile gegen Faschisten in Moskau dienen ihnen, um aufs neue gegen Sowjetrußland zu hetzen.

Wir sind überzeugt, daß alle klassenbewußten Arbeiter Deutschlands den Mokauer Strafantrag des Genossen Krylenko verstehen werden.

## Max Hoelz seit 7 Tagen in der Marterzelle!

Breslau, 1. Juli.

Seit Tagen berichten wir schon über die qualvolle Behandlung unseres Genossen Max Hoelz in der Kletschkauer Zwingburg. Seit Tagen erheben wir schärfste Proteste, seit Tagen fordern wir die Direktion des Kletschkauer Gefängnisses und den Herrn Strafvollzugspräsidenten auf, der Oeffentlichkeit Rechenschaft über ihr Vorgehen an Hoelz zu geben.

**Doch die Behörden und verantwortlichen Organe schweigen!**

Sie lassen Hoelz in der Tobzelle, um ihn vollkommen zu ruinieren. Die Empörung bei den Arbeitern wächst. Täglich kommen zur Redaktion der „Schlesischen Arbeirer-Zeitung" Männer und Frauen, die sich nach Hoelz erkundigen. Wir können nur antworten, daß die Brutalitäten gegen unseren tapferen Genossen kein Ende haben.

Seit fast vierzehn Tagen sitzt jetzt ebenfalls die Frau des Genossen Hoelz in einer kalten Zelle, ohne daß ihr irgend eine Straftat nachgewiesen werden konnte. Sie sitzt, weil man Hoelz damit treffen will. Seit fast vierzehn Tagen sitzen auch die Genossinnen Hähn, wegen angeblicher Verbindung mit Max Hoelz. Auch gegen sie liegt nichts vor!

Diese Justiz- und Gefängnisschande muß ein Ende haben. In der morgigen öffentlichen Versammlung der KPD. werden die Breslauer Arbeiter ein offenes Wort mit den Verantwortlichen des Kletschkauer Gefängnisskandals zu reden haben. Wenn die Behörden schweigen, muß man ihnen die Zunge lösen!

Breslauer Arbeiter! Rettet euren Max Hoelz und erscheint morgen zu Tausenden in der öffentlichen Volksversammlung in den Zentralhallsälen.

*

### An die Genossen Urbahns, Maslow und Max Hoelz

**Die am 28. Juni 1925 in Hanau tagende Bezirks-Frauen-Konferenz des Bezirks Hessen-Frankfurt sendet Euch die innigsten Kampfesgrüße. Wir geloben Euch, alles daran zu setzen, den Kampf, den Ihr so heldenhaft begonnen habt, siegreich fortzuführen. Wir sind entschlossen, dazu beizutragen, daß Ihr und alle anderen Opfer der Klassenjustiz aus den Klauen der herrschenden Klasse befreit werdet, damit wir gemeinsam kämpfen können, dem gemeinsamen Ziele zu! Genossen verliert nicht den Mut, auch wir Frauen, die wir doppelt unter dem kapitalistischen Joche zu leiden haben, sind bereit, zu kämpfen und uns einzusetzen für unsere gemeinsame Sache. Der Sieg ist uns gewiß!**

Die Frauen des Bezirks Hessen-Frankfurt.

## Bauer, Direktor der Berliner Ortskrankenkasse?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli.

**Nachdem die Wiederaufnahme Bauers in die SPD. beschlossen worden ist, soll er zum Direktor der Berliner Ortskrankenkasse mit einem Jahresgehalt von 36 000 M. ernannt werden.**

## Vom Tage

In Görlitz sind bei drei Textilfirmen Lohnstreiks ausgebrochen.

—

Im Bezirk Ruhrgebiet haben bis jetzt 10 000 Proletarier ihre Unterschrift auf die Amnestielisten der Roten Hilfe gesetzt.

—

**[illegible] Bergarbeiterkonferenz in Clermont wurde in der Schlußsitzung eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, wenn die Grubenbesitzer nicht bis 27. Juli die in Aussicht gestellte Lohnherabsetzung aufgeben, würden die Bergarbeiter in Streik treten.**

—

Das amerikanische Staatsdepartement gab offiziell bekannt, daß es bereit sei, eine Konferenz der in Ostasien interessierten Großmächte (lies: imperialistische Räuberstaaten) einzuberufen, in welcher die Vereinigten Staaten den Vorsitz führen würden.

## Die Schwenkung der SPD. in der Zollfrage

### Verhandlungen mit der Regierung

Es ist merkwürdig stille geworden im schwarzrotgoldenen Blätterwald (von der Volkswacht, Volksstimme und Bergwacht bis zum „Vorwärts") mit dem Kampfgeschrei „gegen den Zollwucher". Tony Sender und der weißbärtige Planminister a. D. Wissel haben bei der ersten Lesung der Zollvorlage ihre Reden geredet und jetzt ist's Schluß. Die Vorlage beschäftigt den handelspolitischen Ausschuß und soll dort verarbeitet werden.

Wie, das ist bisher in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, wie alles für den Verstand der in parlamentarischen Künsten nicht Bewanderten ein Buch mit sieben Siegeln ist. Schläft die Regierung und schlafen die ehrenwerten sozialdemokratischen Strategen? Es könnte so scheinen, aber es ist nicht so.

*

Die Sozialdemokratie hatte durch ihre Presse erklären lassen, daß „die Zollvorlage in dieser Form (!) unannehmbar" für sie sei. Das war ein offenes Wort, das bewies, daß die schwarzrotgoldenen Schildknappen prinzipiell nicht gegen die Zölle wären.

Das kann ja auch nicht anders sein. Wenn man diesen Staat täglich — theoretisch und praktisch — bejaht, muß man die Mittel, mit denen dieser Staat seine und seiner Auftraggeber Existenz erhalten will, bejahen. Dazu gehören die Zölle. Und die SPD. ist für Zölle, damit bei Handelsvertragsverhandlungen die Unterhändler des deutschen Staates gewisse „Druckmittel" in der Hand haben, d. h. damit man für die Staaten, mit denen man einen Handelsvertrag abschließt, den Zolltarif ändern, senken kann. In der Zollvorlage der Regierung gibt es nur „gebundene Zölle" für Getreide, d. h. Zollsätze, die nicht erniedrigt werden können. Ergo, ist die Zollvorlage „in dieser Form unannehmbar"!

*

Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Regierung, die die Zollvorlage durchdrücken muß, um die Gefolgschaft der deutschnationalen Junker nicht zu verlieren — mit den „Oppositionsparteien" d. h. mit Sozialdemokraten und Demokraten verhandelt, um diese „Opposition" zur Aufgabe ihrer Gegnerschaft zu veranlassen. Damit die Sache geölt geht, wolle die Regierung einige Positionen, z. B. die Getreidezölle aus der Vorlage herausnehmen und sie später, im Herbst verhandeln lassen. Die Nachricht zeigt, wohin die Reise geht. Denn was ist der Zweck einer solchen Verhandelei? Die Sozialdemokraten, große „Kämpfer" vor dem Herrn, sollen die Möglichkeit haben, zu schreien über einen „Sieg" der „Linken". „Seht", werden sie sagen, „die Regierung Luther-Kanitz-Schlieben mußte vor unserem gewaltigen Ansturm zu Kreuze kriechen. Sie hat die Zollvorlage ändern müssen. Sie ist zwar noch da, aber jetzt in einer für uns annehmbaren Form! Mehr war beim besten Willen nicht zu erreichen!"

Sie werden wieder die Luft erschüttern mit ihrem Geräusch, das sie vorher „Kampfansage" und nachher „Siegesjubel" nennen und der Zollvorlage ihre Zustimmung geben.

*

Die „besiegte" Regierung aber wird sich ins Fäustchen lachen. Sie hat ja die Zollsätze, wie es üblich ist, so hoch angesetzt, damit sie sich ähnlich dem wahren Jakob auf dem Jahrmarkt ein klein wenig abhandeln lassen kann. Wobei der Unterschied zwischen dem wahren Jakob auf dem Jahrmarkt und seinem Schund und der Regierung mit ihrer Zollvorlage nur der ist, daß man dem wahren Jakob seinen Schund an den Kopf wirft, während die Zollvorlage Gesetz wird, sanktioniert von den „Volksvertretern" der SPD.

Die also „besiegte" Regierung aber erreicht noch eines: dadurch, daß sie die Getreidezollberatung bis zum Herbst verschiebt, hat sie die Deutschnationalen in der Hand, von denen große Teile aus der Regierungskoalition ausbrechen möchten, weil die Annahme von Entwaffnungsnote und Sicherheitspakt die kleinbürgerlichen Wähler, die auf schwarz-weiß-rot, Hindenburg, die alte deutsche „Ehre" und gegen den „Feindbund" schwören, stutzig machen würde über die „Wahrung der nationalen Belange" durch die „nationalen" Regierungsmänner. Für die Getreidezölle im Herbst sollen die Deutschnationalen erst den Sicherheitspakt annehmen. (Womit sie zwar im Prinzip einverstanden sind, aus taktischen Gründen, aber wegen der deutschnationalen Kleinbürger erst dazu „gezwungen" werden müssen!)

So macht die Luther-Regierung eine geschickte Politik und die Sozialdemokraten machen sie mit. Die Zollvorlage soll mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen werden. Für den Sicherheitspakt schwärmen die Breitscheid und Löbe sowieso. Für den Sicherheitspakt sollen noch die Deutschnationalen „gewonnen" werden, so daß die Regierung dann entweder beliebig auswechselbare Mehrheiten hat oder aber von der „größten Volksgemeinschaft", von Deutschnationalen bis zu Sozialdemokraten gestützt wird.

Daß die Sozialdemokratie nichts über die Verhandlungen meldet, die Nachrichten nicht widerruft, zeigt, daß sie mit Luther-Kanitz vollkommen einig ist, ihre Pläne billigt. Beweist aber auch zugleich, was von dem „Kampf" der Sozialdemokraten gegen den Zollwucher zu halten ist.

Wir glauben aber, daß alle Arbeiter, auch die sozialdemokratischen für die „staatspolitischen Notwendigkeiten", mit denen die sozialdemokratischen Führer ihr Einschwenken in die Luther-Kanitz-Front „begründen werden", kein Verständnis haben. Wir glauben vielmehr, daß alle Arbeiter gegen die Zölle kämpfen wollen.

Die Kommunistische Partei hat den Weg gezeigt! Sie hat der Sozialdemokratie, sie hat dem ADGB. praktische Kampfvorschläge gemacht. Bis heute haben die Führer keine Antwort gegeben. Bis heute „kämpfen" sie im Parlament oder handeln im handelspolitischen Ausschuß um „Ermäßigung" einzelner Zollsätze.

Kuhhandel statt Klassenkampf! Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter, was sagt die „Linke" in der schlesischen SPD., die Eckstein — Mark — Schramm dazu? Werden sie sich durch Schweigen mitschuldig machen?

*

## Die Großagrarier melden sich

### Der Kuhhandel hinter den Kulissen beseitigt

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli.

Zu den letzter Tage von gewissen demokratischen Blättern (Achtuhrabendblatt) gemachten Aufklärungen über die Verhandlungen zwischen der Lutherregierung, der SPD. und den Demokraten in Richtung eines Kompromisses in der Zollvorlage nimmt die junkerliche „Deutsche Tageszeitung", Organ des Reichslandbundes scharf und fordernd Stellung. Das Blatt erklärt, die Opposition verfolge die Taktik, die Industriezölle zunächst zu erledigen und die Behandlung der Agrarzölle bis zum Herbst zurückzustellen. Dies dürfe auf keinen Fall erfolgen. Es schreibt:

„Erfreulicherweise steht auch die Reichsregierung auf dem Standpunkt, das eine getrennte Behandlung der Agrarzölle und der Industriezölle auf keinen Fall erfolgen darf."

Das Blatt begründet seinen Ruf nach sofortiger Durchpeitschung der Agrarzölle übrigens mit der Furcht der Junker vor der Getreideeinfuhr aus — Sowjetrußland(!) die zollfreie Einfuhr von dreiviertel Millionen Tonnen Roggen aus Sowjetrußland würde, so erklärt das Blatt, den größten Teil des zurzeit noch bestehenden Brotgetreidedefizits Deutschlands zollfrei decken können. Die Junker fürchten also, daß das billige russische Brot für die deutschen Arbeiter den Junkern den Extraprofit in Form des Zolls rauben würde.

## Große Explosion in Berlin

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli.

Mittwochvormittag flog die Chemische Fabrik Schering „Flaka G. m. b. H." (Flaschenkapselfabrik) in die Luft. Das große Gebäude war unter fortgesetzten Explosionen sehr schnell bis auf den Grund niedergebrannt. Man hörte die Schreie von einer großen Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern, die vom Feuer im Gebäude eingeschlossen waren. Wieviel Proletarier der Katastrophe zum Opfer gefallen sind, kann noch nicht gesagt werden. Eine Arbeiterin wurde in der Nähe des Gebäudes sofort getötet, vier Arbeiter schwer verletzt, von denen einer bereits gestorben ist.

Die Direktion der Chemischen Fabrik Schering verweigert jede Auskunft, um ihre Schuld möglichst zu verschleiern. Die „Vossische Zeitung", ein bürgerliches Demokratenblatt, schreibt:

**„Die Vermutung liegt nahe, daß die Vorsichtsmaßregeln nicht genügt haben. Gerade in der letzten Zeit haben sich die Unfälle bei der Fabrik Schering gehäuft und erst vor acht Tagen war die Feuerwehr zu einer Kesselexplosion gerufen worden."**

Das wird von anderer Seite bestätigt. Die Sicherheitsmaßnahmen in dem außerordentlich feuergefährlichen Betrieb waren absolut ungenügend. Z. B. gab es in dem Riesenbetrieb nur eine einzige Tragbahre. Die Betriebsfeuerwehr war völlig verlogt, da die Schläuche nicht nur viel zu wenig, sondern auch zerrissen und teilweise mit Lappen umwickelt waren. Obwohl Tag und Nacht gearbeitet wurde, war Sanitätspersonal nur ab 9 Uhr vormittags vorgesehen. Die Unternehmer scheuen also jeden Pfennig Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen.

# Klassenjustiz und Klassenmedizin

## Der Strafvollzug auf der Anklagebank — Die Komödie der ärztlichen „Untersuchung" — Die Zustände in der „Graupe"

Breslau, 2. Juli.

Heute stand [illegible] der in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung" zurzeit in Kottbus eine neunmonatige Freiheitsstrafe verbüßt, wieder einmal vor der Breslauer Strafkammer.

Genosse Sch[illegible] im vergangenen Jahre vom Schöffengericht wegen eines Artikels „Hilferuf aus Deutsch-Sibirien", der die Zustände im Zuchthaus Groß-Strehlitz behandelte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen eines zweiten Artikels, der sich mit den ärztlichen Untersuchungen in den schlesischen Gefängnissen befaßte und heftige Anklagen gegen die Gefängnisärzte erhob, wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ge[illegible] legte unser Genosse Berufung ein.

Herr Rechtsanwalt Simon, der in der ersten Instanz unseren Genossen verteidigte, hatte, trotzdem ihm heute noch 30 M. als Vorschuß überwiesen wurden, die Verteidigung niedergelegt.

Die Verhandlung und die geschickte Verteidigung des Genossen Schulz [illegible] daß es auch ohne Herrn Simon geht.

Im ersten Falle wurde das auf zwei Monate Gefängnis lautende Urteil aufgehoben und das Strafmaß wurde auf zwei Wochen Gefängnis herabgesetzt. Recht bewegt gestaltete sich die Verhandlung über den zweiten Artikel, der die Mißstände in der ärztlichen Versorgung der schlesischen Gefangenen behandelt hatte.

Dem unter Anklage gestellten Artikel lag der Brief eines politischen Gefangenen aus Schweidnitz zugrunde, in welchem dieser seinen Angehörigen mitteilt, daß er sich krank und elend fühle, schweren eitrigen Auswurf habe, aber keine genügende ärztliche Hilfe findet. Der Arzt, teilte der Gefangene in dem Briefe mit, habe ihm eine Einreibe verordnet und ihn für einen Simulanten gehalten. Die „Untersuchung" beendete er mit den Worten: „Der nächste Gesunde." An diesen Brief, der von der Anstaltsleitung trotz der dort gehabten strengen Zensur nicht beanstandet wurde, knüpfte unser Blatt eine scharfe Kritik an den Gefängnisärzten und stellte fest, daß durch diese Art der Behandlung jährlich Hunderte Gefangene zugrunde gehen. Herr Strafvollzugspräsident Humann stellte daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung der schlesischen Gefängnisärzte.

In der Verhandlung bemühte sich der Herr Vorsitzende unseren angeklagten Genossen davon zu überzeugen, daß er einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen doch nicht antreten könne, und lieber seine Berufung zurückziehen solle.

Genosse Schulz ließ sich aber hierdurch in keiner Weise beeinflußen und erklärte bald zu Beginn der Verhandlung:

**„Ich halte meine Behauptungen, daß die ärztlichen Untersuchungen der Gefangenen in Schlesien eine Komödie sind, vollkommen aufrecht. Ich habe am eigenen Leibe diese Art der Untersuchungen kennen gelernt.**

**Ich wurde vor einigen Monaten in Breslau verhaftet, war zehn Tage in der Schuhbrücke und bin, obwohl ich Kriegsverletzter bin, nur einen Arm besitze, nicht ein einziges Mal untersucht worden."**

**Es ist von mir behauptet worden, daß in Deutschland jährlich Hunderte Gefangene infolge schlechter Behandlung zugrunde gehen. Diese Behauptung ist nicht zu weitgehend, sondern im Gegenteil heute nach dem Fall Hoefle kann festgestellt werden, daß in Deutschland Tausende Gefangene jährlich zugrunde gehen. Herr Hans Weinberg, ein früherer höherer Justizbeamter, schreibt in der „Leipziger Volkszeitung" vom 8. Juni:**

**„Ich kann die Ungeheuerlichkeit bezeugen, daß in den letzten Kriegsjahren in den deutschen Strafanstalten nicht nur Hunger, sondern viele Tausende von Gefangenen den Hungertod gestorben sind, selbst solche, die nur Strafen von einigen Wochen oder Monaten zu verbüßen hatten. Zur zeitigen Freilassung dieser Unglückseligen scheitt kein Gefängnis„arzt". Der schöne amtlich eingeführte Ausdruck für diese Art Hinrichtung Unschuldiger war „an Entkräftung gestorben". Ich habe bis in die neueste Zeit hinein mit vielen Gefangenen gesprochen, mit elenden, seelisch und körperlich vollständig zerrütteten, vom Tode gezeichneten Gestalten und immer wieder hörte ich dieselben Klagen: „Der Arzt grinst jeden an: ‚Was simulierst du mir vor?' und dann schickt er uns mit irgendeiner Pille wieder fort."**

Weiter schreibt derselbe Justizbeamte:

**„Als langjähriger Justizobersekretär, vorwiegend in Diensten der Staatsanwaltschaft, sind mir die Maximen unserer Strafrechtspflege durchaus vertraut. Das Verhalten der Gerichtsärzte im Falle Hoefle ist das übliche. Der Gefängnisarzt steht — von wirklich sehr seltenen Ausnahmen abgesehen — nicht als Arzt und Wohltäter, nicht als mitfühlender Mensch, sondern ausgesprochen als Gegner und Verräter dem Gefangenen gegenüber. Hierin unterscheidet er sich gar nicht von den Staatsanwälten, Richtern, Gefängnisdirektoren. Unter den letzteren haben sich allerdings in neuerer Zeit einige verdienstvolle Außenseiter gezeigt. Es sei z. B. auf das menschlich feine Eintreten der Gefängnisdirektoren Koch in Hamburg-Fuhlsbüttel und Dr. Zirker in Eisenach hingewiesen. Aber auch diese sind ohnmächtig gegen das Verhalten, gegen die Sträflingsverachtung der Gefängnisärzte, deren Ursache hauptsächlich in den Klassengegensätzen zu suchen ist."**

Die Verlesung des Artikels, die nicht nur auf die zahlreichen Anwesenden im Zuhörerraum, sondern auch auf die Richter einen sichtbaren Eindruck machte, war dem Herrn Vorsitzenden und dem Herrn Staatsanwalt äußerst unangenehm.

Die Beweisaufnahme selbst, in die dann eingetreten wurde, gestaltete sich ebenfalls zu einer Anklage gegen den in Schlesien herrschenden Strafvollzug.

Genosse Radlewski sagte unter Eid folgendes aus:

„Ich bin im vorigen Jahr in Untersuchungshaft gewesen, war nerven- und malariakrank. Anfangs kam mir der Arzt entgegen und ver[illegible] Durch eine zweite Freistunde. [illegible] Malariakranke ist Luft die Hauptsache. Als der Arzt aber erfuhr, daß ich Kommunist bin, entzog er mir die Freistunde. Dafür kam ich [illegible] infolge meiner Krankheit erregt war, in die Arrestzelle."

Frau Radlewski, die auch vereidet wurde, bekundete folgendes:

**„Am Tage meiner Einlieferung nach Kletschkau war ich Zeuge, wie der dort [illegible] in der Tobezelle befindliche Gefangene mißhandelte. Auch ich bin vom Arzt schlecht behandelt worden, obwohl ich Blut erbrach, eine schwere Blinddarmreizung hatte, bettlägerig war, wurde ich tagelang von ihm nicht besucht. Meine Klagen über meinen Gesundheitszustand [illegible] und hörte oft gar nicht hin, wenn ich ihm meine Beschwerden vortrug."**

Vorsitzender: „Glauben Sie, daß Sie schlecht behandelt wurden, weil Sie Kommunistin sind?"

Genossin Radlewski: „Jawohl."

Vorsitzender: „Woher wußte denn der Arzt, daß Sie Kommunistin sind, und woraus schließen Sie, daß er kommunistenfeindlich ist?"

Genossin Radlewski: „Er trug das Stahlhelmabzeichen und hat mich bald nach der Einlieferung nach dem Grund meiner Verhaftung gefragt. Dadurch erfuhr er, daß ich Kommunistin bin."

Vorsitzender: „Wurden andere Gefangene besser behandelt?"

Genossin Radlewski: „Die Gräfin v. Schlieben hatte alle Vergünstigungen."

Trotz dieser belastenden und für die Zustände in den schlesischen Gefängnissen kennzeichnenden Aussagen behauptete der Staatsanwalt da der Wahrheitsbeweis mißglückt sei und beantragte sechs Wochen Gefängnis.

Das Gericht verwarf die Berufung und bestätigte das erste Urteil. Genosse Schulz soll also noch 4 Wochen länger im Kerker schmachten, weil er im vorigen Jahr bereits das feststellte, was heute durch den Fall Hoefle zur allgemeinen Erkenntnis der weitesten Kreise des deutschen Volkes gelangt ist.

**In den Gefängnissen der deutschen Republik herrscht eine mittelalterliche Barbarei.**

**Tausende unschuldige Gefangene sind durch den Strafvollzug hingerichtet worden.**

Und wir Kommunisten fügen hinzu:

Trotz aller Klassenjustizurteile gegen die Redakteure unserer Zeitungen werden wir weiter kämpfen, bis mit dem Klassenstaat die Klassenjustiz und die Klassenmedizin verschwindet.

A. D.

# Ein Arbeitermädel

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller-Gloja.

37

Diese Einladung, die drei Wochen nach dem ersten Bekanntwerden noch eintraf, machte nunmehr einen günstigen Eindruck. Frau Berger meinte: „Wenn sein Interesse für dich so lange anhält, da ist das schon was wert, wer weiß, was ihn abgehalten hat eher zu schreiben, vielleicht hat der wieder eine große Reise vorgehabt, reiche Leute verreisen ja immer einmal." Nun aber waren Rosas Gedanken wieder fruchtbar an neuen Hoffnungen und Erwartungen, die hoch aufschossen. Mit ihm in die Oper und sicherlich gute Plätze und danach vielleicht wieder in die Konditorei, das wäre ein Glück, was erneut in Aussicht stand. In schmerzlicher Enttäuschung gewesen und nun schon wieder herrlicher Erfüllung so nahe, dieser jähe Wechsel der Ereignisse, diese Launenhaftigkeit, dieses entzückende und aufregende Vorbeihuschen am Erlebten und dann ihm plötzlich wieder näher kommen, das war wie auf einem Karussell, und das mußte den Begriff, den man vom Glück haben konnte, immer wieder ins Bewußtsein rufen.

Eine ganz neue Spannung verkürzte nun wieder ihre Tage. Es gab wieder etwas, worauf man seine Gedanken richten konnte, wenn einem bei der Arbeit die Zeit lang wurde um das man zittern und bangen konnte, eine neue Sensation für ihr Dasein. Und den Höhepunkt dieses Glücksgefühles erreichte sie, als nach einigen Tagen ein neuer Brief eintraf, der das Billett für die Oper enthielt.

*

Als Rosa in einer Loge des Opernhauses neben Herrn Esche junior saß, fühlte sie sich unendlich erhöht. Mit süßer Genugtuung vermochte sie von der Loge aus zu den Rängen hinauf zu sehen, wo Leute saßen, die wahrscheinlich nicht soviel Geld wie Rosas Begleiter für Theaterbilletts übrig hatten. Dank seiner durfte sie Platz nehmen, wo reiche Leute in kostbaren Garderoben ihre Umgebung ausmachten. Das machte sie unsagbar froh, obgleich sie sich sagen mußte, daß sie mit der eignen Garderobe „nicht ganz mitkonne". Besonders „ihr Herr" imponierte. Er trug heute einen Anzug, in dem er nach Rosas Meinung äußerst schick aussah, wozu noch kam, daß er nach einem „herrlichen und sicher kostbaren" Parfüm duftete. Seine Haltung war stramm, als seien die Theaterbesucher eine Kompagnie Soldaten, die ihn ansehen müssen und denen er zu imponieren habe. Ihr gegenüber blieb er heute ziemlich wortkarg, wenn er auch das Wenige, was er sprach, liebenswürdig und freundlich sagte. Es kam Wagners „Siegfried" zur Aufführung. Da Rosa sich kein Textbuch beschafft hatte und sie die Geschichte auch sonst noch nicht kannte, war sie anfangs wohl neugierig. Und als die Ouvertüre gespielt wurde, schien es einige Male, als wolle sie die Musik interessieren und gefangennehmen, aber gleich wieder war es, als reiße die Melodie plötzlich ab, es gehe alles durcheinander und beginne wieder von vorn. Aber aus dem Gesang dann vermochte sie keine Worte im Zusammenhang herauszuhören und so wurde ihr die Oper bald langweilig.

Sie sah vor sich hin und betrachtete verstohlen immer wieder ihren Begleiter, der es sich in seinem Sessel bequem gemacht hatte und sich anscheinend sehr für diese Oper interessierte, vielleicht weil er sich selbst irgendwie für einen Siegfried hielt.

Als endlich die Pause heran war, atmete Rosa erleichtert auf und ging gern mit, als Esche junior Anstalt machte, nach dem Restaurant zu gehen. Dort tranken sie feinen Likör, der aus Gläschen getrunken wurde, die wie die Kelche von Blumen mit ganz langen Stielen gefaßt waren. Dann promenierten sie im Foyer. Herr Esche junior ging immer ein wenig vor Rosa her, so daß sie sich hätte vorbeugen müssen, wollte sie ihm ins Gesicht sehen. Sie fand das dumm, ohne aber zu ahnen, daß ihr Begleiter das ganz bewußt tat. Hätte ihr nämlich jetzt jemand aus seinem Bekanntenkreis gesehen, so wäre die „stumme Sprache der guten Gesellschaft" verstanden worden und der Betreffende hätte sich gesagt: „Aha, sie ist ihm gesellschaftlich nicht ebenbürtig, sie ist „sein Verhältnis", das ein junger Herr der guten Gesellschaft in diesem Alter haben darf, um nicht ins Bordell gehen zu müssen." Diese Art der Behandlung drückte sich auch bei anderen Anlässen aus. Wie sie in die Straßenbahn eingestiegen waren, die Garderobe abgegeben hatten, in das Restaurant eintraten, immer verstand er die Nüancen in der Behandlung zu betonen, so daß der Eingeweihte sehen konnte, diese Begleiterin wird nicht so behandelt, wie eine „gesellschaftlich anerkannte Dame" in der gleichen Situation behandelt werden würde.

Es begann nun eine Zeit der Vergnügungen aller erdenklichen Arten. Rosa wurde mindestens jede Woche zweimal eingeladen zu einem Theaterbesuch, oder man sah sich einen sensationellen Film an, ging ins Varietee oder Kabarett, beteiligte sich an den Bällen der „Verbindung", machte eine Studentenausfahrt über Land im Auto oder im Zug, in dem man zweite Klasse fuhr und in gepolsterten Couvees sitzen durfte. Auf den Fahrten gab es dann üppige Imbisse im Freien, Gesang und Wein. Und nie kam Herr Esche junior zu ihr ohne Blumen und nie ging er von ihr, ohne ein Geschenk gemacht zu haben. Er schenkte Parfüm, Schmucksachen, Konfekt, Bilder, Romane und einmal sogar ein wissenschaftliches Werk: „Die Körperkultur des Weibes".

Das war ein Leben, wie es Rosa sich gewünscht hatte. Nun gab es immer lebhafte Erinnerungen und süße Hoffnungen auf neue Sensationen, denn das war das Herrliche an ihrem Verehrer, daß er immer etwas Neues fand, um ihr Freude zu machen. Sie bewunderte ihn, staunte über die Mittel, die ihm zur Verfügung standen. Er vermachte ihr Geschenke zu überreichen, die ihrem Geldwerte nach ihr ganzes Monatsgehalt ausmachten, mit einer Miene, als ob er einem bettelnden Kinde eine Kleinigkeit schenke, die nicht der Rede wert sei. Und sie bewunderte ihn nicht weniger ob seiner Eleganz. Es war kaum mehr zu zählen, in wieviel verschiedenen Anzügen er schon vor ihr erschienen war und wie groß der Vorrat an Krawatten und Hüten sei, über den er verfügen mußte. Das alles aber hatte er so selbstverständlich an sich, als sei das mit ihm auf die Welt gekommen.

Ihr persönliches Verhältnis zu Esche junior nahm vorerst eine eigenartige Wendung. Obgleich sie nunmehr schon seit Monaten bekannt waren, behandelte er sie, gleichviel ob jemand zugegen war oder nicht, ziemlich kühl und mit frappierender Sachlichkeit. Dadurch hätte er Rosa bestimmt in Zweifel gedrängt, „ob er sie überhaupt auch nur ein wenig lieb habe", wären nicht die fortgesetzten Einladungen und die vielen Geschenke gewesen, die alle Zweifel behoben. Insbesondere Rosas Mutter, die immer mit größten Interesse sich danach erkundigt hatte, „wie er sich verhalte, wenn sie allein sei mit ihm", zweifelte nicht mehr. „Wenn sich ein Verehrer nicht das Recht zu intimen Sachen nimmt, dann sind seine Sympathien echt und uneigennützig und man hat Anlaß, zu den schönsten Hoffnungen" sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

# Waldenburg

## Ein neues Verbrechen an den Mietern

Die volle Friedensmiete in Sicht.

Die Hauszinssteuer ist neben der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer eine ertragreiche Einnahmequelle für den Staat geworden. Bis jetzt wurden 20 bis 27 Prozent der Friedensmiete als Mietssteuer erhoben. Von dieser Steuer s o l l t e n zehn Prozent für den Wohnungsbau verwendet werden, der Rest floß den Staaten und den Gemeinden zu. Die für den Neubau von Wohnungen bereitgestellten zehn Prozent dienen aber nicht etwa dazu, den Wohnungslosen oder jenen, die in den ungesunden Kellerlöchern hausen, einen besseren Wohnraum zu verschaffen. Nur ein geringer Bruchteil der Steuer wurde für diesen Zweck verwendet. Dafür haben sich Schieber jeder Gattung auf die Mietssteuer gestürzt. Sie bekommen Hypotheken, leisten noch einen kleinen Vorschuß und bauen sich dann aus Mitteln der Allgemeinheit pompöse Villen auf.

Jetzt ist dem preußischen Staatsrat ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine weitere Erhöhung der Hauszinssteuer vorsieht. Die Hauszinssteuer soll vom 1. August um 6 Prozent der Friedensmiete und vom 1. Oktober ab um weitere 5 Prozent der Friedensmiete erhöht werden.

In der Begründung heißt es, daß die Erträgnisse aus der Erhöhung am 1. August zu zwei Dritteln den Gemeinden und zu einem Drittel dem Staat zufließen sollen. Die Erträgnisse aus der Erhöhung vom 1. Oktober sollen ausschließlich für die Herstellung des Gleichgewichts im preußischen Staatshaushalt

**Alle Kommunisten müssen Konsumvereinsmitglieder sein!**

Verwendung finden. Auch den Hausbesitzern soll ein erhöhter Beitrag für Instandsetzungskosten sowie zur Verzinsung des eigenen und fremden Kapitals zugesprochen werden.

Das Reichsfinanzministerium hat im Rahmen des Finanzausgleiches gleichfalls einen Plan ausgearbeitet zur weiteren Nutzbarmachung der Hauszinssteuer. Nach diesem Vorschlag soll in der nächsten Zeit die Friedensmiete voll erhoben werden. und zwar soll das Aufkommen in folgender Weise verteilt werden: 40 Prozent für den Hausbesitzer, 5 Prozent für Hypothekenzinsen, 10 Prozent für Aufwertung der Hypotheken und 5 Prozent für Aufwertung des eigenen Kapitals, insgesamt also 60 Prozent. Dagegen sollen 30 Prozent der Steuer für den Fehlbetrag der Länder und Gemeinden verbleiben und nur zehn Prozent dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Die eigentliche Mietssteuer soll also um 100 Prozent erhöht werden der Teil für den Wohnungsbau aber so niedrig wie nur möglich bleiben, damit sich der Anteil der Länder und Gemeinden an der Mietssteuer zur Deckung der Fehlbeträge in ihren Haushalten wesentlich erhöhe.

An diesen Absichten der Regierung ist die SPD. durch ihre Vertreter ebenfalls beteiligt. Deshalb hört man auch nichts von den angekündigten „Aktionen" der SPD. und des ADGB. gegen die neuen Steuerlasten. Nur in ihrer Presse schreit die SPD., in Wirklichkeit aber stützt sie die Forderungen der Besitzenden.

Gegen diese geplanten Maßnahmen müssen die Mieter mit aller Macht Sturm laufen. Einmal, weil die Hauszinssteuer wenn sie schon erhoben wird, nicht dem Neubau von Wohnungen dient, zum anderen, weil die Hauszinssteuer eine ungeheure Belastung der breiten Massen darstellt. Wenn die Löcher im Haushalt der Staaten und Gemeinden verstopft werden sollen, dann mag die Regierung die Steuern dort nehmen, wo sie aufgebracht werden können; beim Besitz, der bis jetzt in jeder Weise geschont wird.

# Aus der Provinz

**Brieg.** V e r e i n d e r F r e i d e n k e r f ü r F e u e r b e s t a t t u n g. Es ist sehr erfreulich, daß auch in Brieg das Interesse für Feuerbestattung immer mehr Platz greift und die junge Ortsgruppe des obengenannten Vereins in einem steten Wachstum begriffen ist. Klein war der Anfang im März, als die Ortsgruppe gegründet wurde und es hat sich bis heute schon eine stattliche Anzahl derer gefunden, welche sich von den konfessionellen Fesseln frei gemacht haben und sich für die Feuerbestattung interessieren. Keiner kann in den Verein Aufnahme finden, welcher nicht aus der Kirche ausgetreten ist. Die niedrigen Beiträge ermöglichen es einem jeden Freidenker, die Mitgliedschaft zu erwerben. Die Aufnahme beträgt in allen Klassen 0.40 Mk. Die Beitragssätze sind folgende: Klasse A. von 3–16 Jahre 0,20 Mk. pro Monat; Beitragsfrei mit dem 35. Lebensjahre. Klasse B. von 16–50 Jahre 0.40 Mk. pro Monat; Beitragsfrei nach 20 Jahren. Klasse C. von 50–65 Jahre 1 Mk. pro Monat; Beitragsfrei nach 10 Jahren. Klasse D. von 65–70 Jahre 2 Mk. pro Monat; Beitragsfrei nach 6 Jahren. Klasse E. über 70 Jahre alte Vollzahlung von 120 Mk. eventuell in Raten innerhalb eines Jahres. Vollberechtigt mit dem Tage, da die Gesamtsumme gezahlt ist. Für die Klasse A bis D ist ein Jahr Karenz. Die Leistungen des Vereins sind amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache, vorschriftsmäßiger Sarg (die Ueberführung geschieht mittels eigenem Leichentransportautos), Einsargung des Leichnams; Transport nach dem Krematorium, Leichenträger, Leichenpaß, Harmoniumspiel, Sänger und Dekorationen der Trauerhalle, Redner für die Trauerfeier, Einäscherung und Beisetzung der Aschenkapsel auf Urnenstellen zu den am Krematorium geltenden Sätzen. Für nicht vollberechtigte Mitglieder wie für Kinder unter 3 Jahren von Vereinsangehörigen übernimmt der Verein auf Ersuchen die Ausführung der Bestattung zum Selbstkostenpreis. Der Kassierer der Ortsgruppe Paul Schloßarek, Mollwitzerstr. 15, ist gern bereit, über alle Fragen Auskunft zu erteilen.

**Brieg.** D e r S c h e i n k a m p f d e r S P D. Am Montag sprach der frühere Ministerpräsident S t e l l i n g über die A u f w e r t u n g, S t e u e r- und Z o l l v o r l a g e und kündigte die parlamentarische Obstruktion der SPD. gegen diese Vorlagen an. In der Diskussion sprach Genosse D o m b r o w s k i für die KPD. und hob hervor, daß der Kampf gegen die drohenden Hungerzölle nur dann Erfolg haben kann, wenn der Kampf von den Arbeitern der Betriebe unterstützt wird. Parlamentarische Obstruktion ohne Massenaktion ist zum Scheitern verurteilt. Genosse Dombrowski trat für D e m o n s t r a t i o n s s t r e i k aller klassenbewußten Arbeiter ein und forderte von Stelling die Antwort, wie sich seine Partei zu diesen Forderungen stellt. Im Schlußwort versuchte Stelling durch Hetze gegen Sowjetrußland die Aufmerksamkeit der Arbeiter von diesen Dingen abzulenken. Er behauptete, die gegenwärtige Wirtschaftskrise verhindere Massenaktionen und den Unternehmern kämen diese sehr gelegen. (Wer lacht da nicht.) Schließlich erschöpfte sich die ganze Weisheit dieser großen Politiker der SPD. in der Aufforderung: Tretet ein, tretet ein in den Wahlverein. Diese Versammlung zeigte allen anwesenden Arbeitern, daß die SPD. nicht kämpfen will, sondern nur Kampf markiert.

# Breslau

## Breslauer Theater

**Gastspiel des Ronacher-Theaters im Schauspielhaus.** Beginn Donnerstag mit „H a l l o! H a l l o!" Ausstattungs-Revue mit folgenden 14 Bildern: 1. Bild Auf dem Mars. 2. Bild: Auf nach Canada. 3. Bild: Alles per Radio. 4. Bild: Zigaretten gefällig. 5. Bild: Im Tanzpalast. 6. Bild: Paradeisgartl. 7. Bild: Der Pompadour. 8. Bild: Modernes Spielzeug. 9. Bild: Ein königliches Fest. 10. Bild: Dämon Gold. 11. Bild: Süße Mädels. 12. Bild: Die Teufelsmühle. 13. Bild: Adam und Eva. 14. Bild: Das Zelt der Stars.

**Ensemblegastspiel von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters im Stadttheater.** Wie bereits bekanntgegeben, findet in der Zeit vom 2. bis 16. Juli ein Ensemblegastspiel von 35 Mitgliedern des Wiener Burgtheaters statt. Dem Ensemble gehören viele der prominentesten Mitglieder des Burgtheaters an. Namen, die in Deutschland und Oesterreich einen hervorragenden Klang haben, wir erwähnen: Regisseur Albert Heine, vormals Direktor des Burgtheaters, Lotte Medelsky, die erste Heroine des Burgtheaters, Rosa Retty und Lilli Marberg, zwei hervorragende Darstellerinnen des modernen Faches. Von männlichen Künstlern, die seit langem am Burgtheater wirken, sind Raoul Aslan, der Nachfolger Josef Kainz', Hans Marr, Josef Danegger, Ernst Arndt, Hermann Romberg, Otto Schmöle, Hans Siebert zu nennen. Dieser altberühmten Künstlerschar schließt sich ein stattliches Fähnlein junges Burgtheater an: Hilde Wagener, Alma Seidler, Auguste Fünkösdy, Hilde Wall, und die Herren Fred Hennings, Reinhold Häußermann, Emmerich Reimers, Philipp Zeska, Alfred Lohner, Wilhelm Heim, Hermann Kneer, und andere erzielten bereits große Erfolge.

Der Vorverkauf für die ersten Abende: 2. und 3. Juli: „Die Kinder", 4. und 5. Juli: „Jolandas letztes Abenteuer" 6. Juli: „Der Weibsteufel", hat begonnen. Alles Nähere ist aus den Plakaten ersichtlich.

**Neueröffnung der Kammerspiele im Liebich-Theater** (Kleinkunstbühne). Am Mittwoch, den 1. Juli eröffnete das Ensemble des Lobe-Theaters unter Leitung des Intendanten Paul Barnay ein Gastspiel mit Pirandellos Werk „S e c h s P e r s o n e n s u c h e n e i n e n A u t o r" in der früheren Kleinkunstbühne des Lieb[illegible] der Eröffnungsvorstellung spielte die Rolle des Theaterdirektors erstmalig Intendant Paul Barnay, die Rolle der Mutter Ruth Baldor. Die anderen Hauptrollen werden von Bessie Hoffart, Käte Habel-Reimers, Max Nemetz, Walter Gynt, Robert Meyn, Alfons Fink dargestellt. Karten an der Kasse des Liebich-Kabaretts oder bei Gebr. Barasch.

## An die Delegierten zum Bezirksparteitag

**Der 10. Bezirksparteitag von Schlesien beginnt am Sonnabend den 4. Juli, abends 7 Uhr in Freiburg im Hotel zum Schützenhaus. Die Delegierten haben ihre Abfahrt so einzurichten, daß sie mit den Zügen zwischen 6 und 7 Uhr in Freiburg eintreffen. So weit das möglich ist, müssen Sonntagsfahrkarten gelöst werden. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß die Delegierten zum Parteitag mitzubringen haben:**

1. Die endgültige Abrechnung für die Reichsparteitagsmarken. (Ganz gleich wieviel verkauft sind.)
2. Die Berichte der B.-L. die sie empfangen haben.
3. Den Differenzbetrag zwischen Fahrgeld und dem von der B.-L. festgesetzten Satz von 5 Mk. pro Delegierten.
4. Die Mandatskarten.
5. Jahresbericht der kommunistischen Gemeindefraktionen vom 4. Mai 1924 bis 31. Mai 1925.
6. Die ausgefüllten Listen für die Amnestie.

Die Gäste werden ersucht, erst am Sonntag morgen in Freiburg einzutreffen, da wir nicht so viele Quartiere schaffen können.

Bezirksleitung der KPD. Schlesien.

Bezirksführer von Breslau!

Donnerstag abends 7 Uhr müssen die Bezirksführer der Breslauer Verwaltungsbezirke die Eintrittskarten für die Freitag-Kundgebung (China den Chinesen) beim Genossen Arthur Müller abrechnen.

# Arbeitersport

## Kreistag des 1. Kreises vom Arbeiter Athleten-Bund

Am Sonntag den 28. Juni, fand in Weißstein bei Waldenburg die fällige Kreissitzung statt, zu welcher 40 Delegierte erschienen waren. An Stelle des nicht erschienenen ersten Vorsitzenden Scholz-Freiburg leitete Genosse Pauer-Liegnitz die Versammlung, in welcher der Bezirk Breslau die Geschäftsführung des ersten Kreisvorsitzenden scharf kritisierte. Der Versammlungsleiter sieht dies als ein Mißtrauensvotum an und sämtliche Kreisvorstandsmitglieder legen ihre Aemter nieder.

Da die Vertrauensfrage nicht gestellt wird, übernimmt Koll. Waten-Breslau die Wahl eines neuen Kreisvorstandes der sich aus folgenden Sportsgenossen bildet: 1. Vors. Jentsch, Achilles-Breslau, 2. Vors. Köhler-Weißstein, 1. Kass. Kirte, „S. K. 02" Breslau 2. Kass. Leupold-„Tannhausen", 1. Schriftführer Lux, „Germania" Breslau Sportwart für Schwerathletik Pauer-Liegnitz, für Leichtathletik Mende, „Achilles" Breslau, Vorwart Rohleder-Liegnitz Pressewart Pienkny „Germania" Breslau, Revisoren Hesse-Altwasser und Kresse-Striegau. Der Beitrag für das zweite Vierteljahr wird pro Mitglied auf 10 Pf. festgesetzt. Dem Bezirk Breslau wird auf Antrag das Kreisfest 1925 übertragen, welches am 25. September stattfindet, sowie dem Bundesverein Langenbielau die Abhaltung eines Wettstreites am 2. August genehmigt. Dem Kreiskassierer Köhler wird Entlastung erteilt. Sämtliche Kreisvereine haben bei sportlichen Veranstaltungen den Kreisvorstandsmitgliedern freien Zutritt zu gewähren. Nachdem unter Verschiedenes interne Sachen ausgiebig behandelt wurden, schloß der erste Vorsitzende Jentsch mit einem „Frei Heil" die Versammlung.

Als Abschluß des Kreistages fand am Nachmittag auf dem Sportplatz in Weißstein ein Mannschaftskampf im Ringen und Gewichtheben zwischen den „Vereinigten Kraftsportlern" Waldenburg und Arbeiter-Athleten Weißstein statt. Im Heben gab es gute Leistungen zu sehen. Elsner-Weißstein einarmig 110 Pfd. und 170 Pfund beidarmig. Wittwer-Waldenburg 120 Pfund und beidarmig 210 Pfund. Nitsch-Waldenburg der dritte Sieger bei den Bundesausscheidungskämpfen zur Olympiade riß rechts 150 Pfund und stieß beidarmig 240 Pfund frei wohl damit eine schlesische Höchstleistung schaffend. „Waldenburg" siegte im Heben mit 346 Punkten vor „Weißstein" mit 306 Punkten. Der Mannschaftskampf im Ringen endete nach scharfen Kämpfen mit 7–5 für den [illegible]meister „Vereinigte Kraftsportler" Waldenburg.

F. Pienkny.

**In dieser Woche noch muß jede Parteiortsgruppe eine kommunistische G e n o s s e n s c h a f t s f r a k t i o n schaffen!**

# Wie die französischen Arbeiter für die Republik aufstanden

Von E m i l e Z o l a.

Die Sozialdemokratie als Organisation versagte, nahm den Staatsstreich des Monarchismus, schnatternd und blökend feige hin. Die arbeitenden M a s s e n waren die einzigen, die real, mit ihren Leibern, die überrumpelte Republik — die b ü r g e r l i c h e Republik — gegen die kommende Monarchie zu schützen suchten. Zolas Roman „Das Glück der Familie Rougon" singt den revolutionären proletarischen Republikanern von 1851 ein unvergeßliches Heldenlied. Die Aufstände der Arbeiter wurden natürlich, da kein einheitlicher, politischer Wille sie organisierte und führte, im Blute erstickt.

Die Bande zog mit prachtvollem, unwiderstehlichem Schwung den Hügel herab. Der Ansturm dieser Tausende mitten im Frieden der eisigen toten Winterlandschaft hatte etwas Großartiges und Erschreckendes. Die Straße war zum reißenden Strom geworden, der lebende Fluten rollte, die unerschöpflich schienen, immer wieder tauchten an der Wegbiegung neue schwarze Massen auf, deren Gesang in die riesige Stimme des menschlichen Sturmes mit einfiel und ihn hoch anschwellen ließ. Als die letzten Bataillone erschienen, war es ein Donnerhall, daß die Ohren gellten. Die Marseillaise erfüllte den Himmelskreis, es war, als ob Riesen auf ungeheuren Erztrompeten bliesen, die vibrierend und in knappem Takt den Ton in die fernsten Winkel des Tales sandten.

Und das schlafende Land erwachte mit einem Male; es schauerte über und über, wie eine Trommelhaut, die von den Schlegeln getroffen wird; es hallte wider bis in sein tiefes Inneres und seine Echos stimmten von allen Seiten in den feurigen Nationalgesang mit ein. Nun sang nicht nur mehr die begeisterte Schar — der ferne Himmelskreis, die Felsen dort drüben, das Ackerland, die Wiesen, die Baumgruppen, das kleinste Gebüsch schienen von menschlichen Stimmen widerzuhallen. Die große Runde des Amphitheaters, das vom Fluß bis Plassans aufsteigt, schien von zahllosem, unsichtbarem Volk erfüllt, das den Aufständischen entgegenjubelte; und an den dunklen Ufern der Viorne, wo die Wasser so geheimnisvoll glitzerten, schien jede finstere Stelle ein Versteck von Männern, die den Endreim mit immer neuer Wut wiederholten. Der Boden und die Luft zitterten. Das ganze Land schrie nach Rache und Freiheit.

Als die ersten Männer in den Lichtschein traten, schloß sich Miette unwillkürlich fester an Silvere, obwohl sie sich geborgen und selbst für Blicke unerreichbar fühlte. Sie schlang die Arme um den Hals des jungen Mannes und lehnte den Kopf an seine Schulter. So blieb sie regungslos und ihr von der Kapuze umrahmtes, blasses Gesicht starrte wie gebannt nach dem lichten Fleck, über den in eiliger Folge sonderbare Gesichter zogen, begeisterungsverklärt, den offenen schwarzen Mund erfüllt vom Racheschrei der Marseillaise.

Silvere fühlte sie an seiner Seite erzittern. Er neigte sich zu ihrem Ohr und nannte ihr die verschiedenen Abteilungen nach der Reihe, wie sie sich dem Blick darboten.

Die Kolonne ging in Reihen von acht Mann. Voran kamen große Kerle mit eckigen Schädeln, die mit der Kraft und Einfalt von Riesen begabt schienen, b l i n d e u n d m u t i g e V e r t e i d i g e r d e r R e p u b l i k. Sie trugen große Aexte auf den Schultern, deren Schneiden frisch geschärft im Mondlicht funkelten.

„Das sind die Holzhacker aus den Wäldern der Seille", sagte Silvere. „Man hat ein Sappeurkorps aus ihnen gebildet. Wenn ihr Führer befiehlt, dann gehen diese Leute bis Paris und schlagen die Stadttore mit ihren Hacken ein, so, wie sie die alten Korkeichen im Gebirge niederlegen."

Der Stolz auf die starken Fäuste seiner Brüder ließ das Herz des jungen Mannes lauter klopfen. Als hinter den Holzknechten eine Bande von Arbeitern erschien, sonnenverbrannte Leute mit wilden Bärten, fuhr er fort:

„Das Kontingent von La Palud. Das ist das erste Dorf, das sich erhoben hat. Die Männer in Blusen sind die Leute, die die Korkeichen bearbeiten; die anderen dort — die Männer mit den Samtjacken — müssen Jäger und Kohlenbrenner sein, die in den Schluchten der Seille leben. Die Jäger haben deinen Vater gekannt, Miette. Sie haben gute Waffen und wissen sie geschickt zu handhaben. Ach, wenn nur alle so gut ausgerüstet wären! Die Flinten fehlen. Schau, die Arbeiter haben nur Stöcke!"

Miette horchte und schaute, ohne ein Wort zu sagen. Als Silvere von ihrem Vater sprach, stieg ihr das Blut heiß in die Wangen. Sie musterte die Jäger mit glühendem Gesicht. Ihre Miene war zornig und von seltsamer Anteilnahme erfüllt. Von diesem Augenblick schien auch sie sich zu beleben und das Fieber der Erregung zu spüren, das aus dem Sang der Aufständischen tönte.

Mit einer Stimme, die vor Erregung zu ersticken schien, nannte er all die Leute, die ein Wirbelwind zu bringen und fortzuführen schien, während er ihre Namen sagte. Hoch aufgerichtet mit glühendem Gesicht deutete er mit aufgeregten Bewegungen auf die einzelnen Gruppen. Miette folgte mit den Augen. Der Grund der Straße schien sie hinabzuziehen, wie die Tiefe eines Abgrundes. Sie klammerte sich um den Hals des jungen Mannes, weil sie glaubte, von der Böschung gleiten zu müssen. Ein trunkenmachender Schwindel stieg herauf von der mutерfüllten lärmenden Menschenrotte. Das Mädchen sah seltsame Wesen durch den Mondstrahl gleiten: Jünglinge, reife Männer und Greise, die nie gesehene Waffen schwangen, — eine endlose Reihe von Köpfen, denen Stunde und Begeisterung allen denselben unvergeßlichen Ausdruck von Mut und fanatischer Verzücktheit einprägten. Dieses geisterhafte, unablässige Dahinziehen füllte sie auf die Dauer mit dem Schwindel, den der Anblick eines mit weißen Schaumwirbeln einhertosenden Wildstroms erzeugt.

In manchem Augenblick war es Miette, als gingen diese Leute nicht mehr, als würden sie von der rauhen, entsetzlich dröhnenden Melodie der Marseillaise dahingetragen. Sie konnte die Worte des Liedes nicht verstehen, sie hörte nur ein fortgesetztes Grollen, das sich von dumpfen Tönen plötzlich zu Noten schriller Höhe erhob, die in ihr das Gefühl weckten, als wären sie scharf wie Spitzen und drängen ihr jählings ins Fleisch. Dies Lied, wie es kein zweites gibt, dies Geheul des Aufruhrs, der Ruf zur blutigen Schlacht mit seinen stoßweisen Zornesausbrüchen und glühenden Freiheitswünschen — diese erstaunliche Mischung von schrecklichem Blutdurst und idealstem Aufschwung griff mächtig an ihr Herz. Sie gab sich ihm mit ihrem ganzen Wesen hin, und der wilde Sang erschütterte sie durch und durch, ohne nachzulassen, bei jedem rauhen Auftakt mit neuer Macht, so daß sie ein wollüstiges Bangen empfand, wie jene jungen Märtyrerinnen, die sich unter der Peitsche hoch aufrichten und lächeln. Und unten zog immerzu die in die dröhnende Woge ihres Gesanges gehüllte Menge vorbei; der Aufmarsch, der kaum einige Minuten dauerte, schien den jungen Leuten niemals zu enden.

# Historisches über China

Mit dem Anwachsen und der Entfaltung des westlichen Kapitalismus, der sich immer mehr die Rohprodukte und Absatzgebiete der Welt aneignete, konnte auch China nicht auf die Dauer aus dem Wirkungskreise der Westvölker ausgeschaltet werden. Die kapitalistische Entwicklung gliederte China in die Weltwirtschaft ein, aber nicht als Mitarbeiter an der Entwicklung, sondern als passives Opfer einer grausamen und maßlosen Ausbeutung.

Das Eindringen des Kapitalismus in China ist durch folgende Ereignisse gekennzeichnet:

1557 Portugal besetzt die Insel Makao, die später annektiert wurde.

1689 u. 1727 Handelsverträge zwischen Rußland und China.

Der Hauptangriff des Kapitalismus beginnt aber erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

1639 Erster englisch-chinesischer Krieg wegen des Verbots der Opiumeinfuhr, eines Hauptausfuhrartikels Indiens. Oeffnung von fünf chinesischen Städten für das ausländische Kapital: Kanton, Amoy, Futschu, Ning-po und Schanghai als englische Vertragshäfen.

Rosa Luxemburg schildert den räuberischen Einbruch des modernen Kapitals in China in ihrer „Akkumulation" (S. 363):

„Das klassische Beispiel des „friedliebenden" Warenhandels mit rückständigen Gesellschaften ist die moderne Geschichte Chinas durch die sich, wie ein roter Faden, seit Beginn der vierziger Jahre, das ganze 19. Jahrhundert hindurch die Kriege der Europäer ziehen, deren Zweck war, China gewaltsam dem Warenverkehr zu erschließen. Durch Missionare provozierte Christenverfolgungen, von Europäern angezettelte Tumulte, periodische, blutige Kriegsgemetzel, in denen sich die völlige Hilflosigkeit eines friedlichen Ackerbauvolkes mit der modernsten kapitalistischen Kriegstechnik der vereinigten europäischen Großmächte messen sollte, schwere Kriegskontributionen, mit dem ganzen System von öffentlichen Schulden, europäischen Anleihen, europäischer Kontrolle der Finanzen und europäischer Besetzung der Festungen im Gefolge, erzwungene Eröffnung von Freihäfen und erpreßte Konzessionen zu Eisenbahnbauten an europäische Kapitalisten, — das waren die Geburtshelfer des Warenhandels in China von Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch der chinesischen Revolution.

Die Periode der Erschließung Chinas für die europäische Kultur, d. h. für den Warenaustausch mit dem europäischen Kapital, wird durch den Opiumkrieg inauguriert, in dem China gezwungen wird, das Gift aus den indischen Plantagen abzunehmen, um es für die englischen Kapitalisten zu Geld zu machen. Im 17. Jahrhundert war die Kultur des Opiums durch die englische Ostindische Kompagnie in Bengalen eingeführt und durch ihre Zweigniederlassung in Kanton der Gebrauch des Gifts in China verbreitet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel das Opium so stark im Preise, daß es rapid zum „Volksgenußmittel" wurde. Noch im Jahre 1821 betrug die Einfuhr des Opiums nach China 4628 Kisten zum Preise von durchschnittlich 1325 Dollar, dann fiel der Preis auf die Hälfte, und 1825 stieg die chinesische Einfuhr auf 9321 Kisten, 1830 auf 26 670 Kisten. Die verheerenden Wirkungen des Gifts, namentlich der billigsten, von der armen Bevölkerung gebrauchten Sorten, gestalteten sich zur öffentlichen Kalamität und riefen als Notwehr seitens Chinas ein Verbot der Einfuhr hervor. Bereits 1828 hatte der Vizekönig von Kanton den Import von Opium verboten, was aber den Handel nur in andere Hafenstädte lenkte."

Beginn glorreicher „Erschließung" Chinas für europäische Kultur in Gestalt der Opiumpfeife. Erster Angriff auf Kanton, das wenig befestigt und schnell eingenommen war. Mit unerhörter Grausamkeit wurden die Verteidiger in den Gräben niedergeschossen.

Ebenso in den anderen Häfen. Im Friedensschluß vom 27. August 1842 bekamen die Engländer die Insel Hongkong, ferner Kanton, Amoy, Futschu, Ningpo und Schanghai dem Handel erschlossen.

Fünfzehn Jahre später zweiter Krieg gegen China. Engländer gemeinsam mit Franzosen. 1857 Kanton durch die verbündete Flotte erstürmt. Im Frieden von Tientsin 1858 wurde der Opiumeinfuhr, dem europäischen Handel und den Missionen Zutritt ins Innere des Landes gewährt. Schon 1859 neue Feindseligkeiten der Engländer. Im Kampf um Befestigungen der Chinesen am Peiho, Engländer nach mörderischer Schlacht zurückgeschlagen.

England und Frankreich nahmen mit 12 500 Mann englischer und 7 500 französischer Truppen unter General Cousin-Montauban Ende August 1860 zunächst die Takuforts ohne einen Schuß, drangen bis Tientsin und weiter nach Peking vor. Unterwegs kam es am 21. September 1860 zu der blutigen Schlacht bei Palikao, die Peking den europäischen Mächten preisgab.

Europäische Mächte haben Gesandte in Peking, Tientsin und andere Städte dem Handel eröffnet. In England Antiopiumliga gegen Verbreitung des Giftes, der Opiumeinfuhr nach China aber wird noch in der Tschifu-Konvention 1876 die Freiheit gesichert. Alle Staatsverträge mit China sicherten den Europäern — Kaufleuten wie Missionen — das Recht auf Landerwerb zu.

„Die Erschließung Chinas für den Warenhandel, die mit dem Opiumkriege begonnen war, wurde mit der Serie der „Pachtungen" und der Chinaexpedition des Jahres 1900 besiegelt, in der die Handelsinteressen des europäischen Kapitals offen in internationalen Landraub umschlugen.

Zwischendurch laufen in jedem Kriege Plünderung und Diebstahl en gros der europäischen Kulturträger in den chinesischen Kaiserpalästen, öffentlichen Gebäuden, an altertümlichen Kulturdenkmäler, so gut wie im Jahre 1860, wo der Palast des Kaisers mit seinen märchenhaften Schätzen von Franzosen geplündert wurde, wie 1900, wo „alle Nationen" öffentliches und privates Gut um die Wette stahlen. Rauchende Trümmer größter und ältester Städte, Verfall der Ackerkultur auf großen Strecken platten Landes, unerträglicher Steuerdruck zur Erschwingung der Kriegskontributionen waren die Begleiter jedes europäischen Vorstoßes, Hand in Hand mit den Fortschritten des Warenhandels. Von den mehr wie 40 chinesischen Handelshäfen ist jeder mit Blutströmen, Gemetzel und Ruin erkauft worden."

**Katastrophale Folgen der kapitalistischen Kolonisierung.**

1. Sozial: Verarmung der Bauernmassen durch den Landraub infolge der Abtretungen, Pachtungen und Annexionen der reichsten Gebiete. Damit Proletarisierung breiter Massen, Entrechtung.

Beispiel: In den Parks und Anlagen des Fremdenviertels von Schanghai stehen Schilder in englischer und chinesischer Sprache: Auf englisch: Nur Ausländern und Chinesen in europäischer Kleidung ist die Benutzung gestattet. Auf chinesisch: Für Hunde und Chinesen ist der Zutritt verboten! Also, die englisch sprechenden, d. h. die bürgerlichen, die besitzenden Chinesen sind im Bunde mit den kapitalistischen Ausbeutern, die aus dem Auslande kommen. Der chinesische Arbeiter, durch jahrhundertelange Kollektivarbeit in der Sippe „trainiert", ist wie vorbestimmt für die Kollektivität der Industriearbeit und damit ertragbringender Ausbeutungssklave, bedürfnislos, arbeitgewohnt.

Die Industrialisierung bedeutet wachsende Arbeitslosigkeit, Massenelend, Massenhunger.

2. **Wirtschaftlich und politisch:**

Aufhören der Souveränität.

Durch Exterritorialität und Konsulargerichte werden die Ausländer Herren des Landes, durch Konzessionen und Abtretungen neue Staaten im Staate gebildet.

Durch Pachtungen, Marinestützpunkte und Festungen der fremden Mächte, Zoll- und Tarifautonomie im Interesse der fremden Mächte. Bedeutet: Einnahmequelle für chinesisches Kapital, aber auch Unterdrückung einheimischer Industrie.

Das ausländische Kapital reißt alle lebenswichtigen Zweige der chinesischen Wirtschaft an sich. Ebenso durch Anleihegewährung die Einnahmequellen der Seezollämter, Binnenzölle, Salzmonopol, Eisenbahnen, Telegraphen sowie weitere indirekte Steuern.

## Achtung! Kolporteure!

Da eine ganze Anzahl von Kolporteuren trotz unserer wiederholten Mahnungen noch immer nicht pünktlich und voll abrechnen, senden wir ab sofort nur noch soviel Zeitungen, wie der Geldbetrag ausmacht, der eingesandt wird.

Verlag und Expedition.


Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.


# Massenkundgebung

für den Freiheitskampf des chinesischen Volkes am Freitag, den 3. Juli, abends 7,30 Uhr im Saale des „Schießwerder." Es sprechen: **Willi Münzenberg** M.d.R. Berlin, **Chen-Ting-Ku** Kuo min Tang-Partei


**Liebich-Theater**
(Kleinkunstbühne)
Telephon: Ring 9428
**Heute 8 Uhr abends**
und folgende Tage
**Gesamtgastspiel des Lobetheaters**
**Sechs Personen suchen einen Autor**
Hauptdarsteller:
Hoffart, Baibor, Habel-Reimers, Barnay
Jutend., Nemetz, Rehn, Ohst, Fink
Vorverkauf ab Montag Verkehrsbüro Barasch und Kasse der Liebich-Theater-Kleinkunstbühne


## Versammlungskalender.

Breslau. Bezirk Nord. Sonntag, den 12. Juli findet der Propaganda-Ausflug nach Sarrau statt. Es wird hierdurch jedem Genossen zur Pflicht gemacht, an diesem teilzunehmen. Alle roten Frontkämpfer sowie die Kulturmusik haben sich unbedingt daran zu beteiligen. Sympathisierende sowie Kinder, welche marschieren, sind mitzubringen. Für Belustigungen aller Art wird gesorgt. Näheres wird noch bekanntgemacht. — Genossen, welche nicht kassiert werden, haben sich sofort bei Genossen Kirschner, Michaelisstraße 14, zu melden.

— Bezirk Nord. Alle Genossen, die noch im Besitz von Literatur sind, haben bis Sonnabend, den 4. Juli bei mir vollständig abzurechnen. Diejenigen Genossen, die noch bei mir im Konto stehen und ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, werde ich der Partei melden.

Der Literatur-Obmann.

— Bezirk Süd. Donnerstag, den 2. Juli, abends 6 Uhr, treffen sich alle Genossen am Goetheplatz mit Propagandamaterial versehen, zum Abmarsch nach Siedlung Dürrgoy zur Versammlung. Wer nicht erscheint, wird zur Verantwortung gezogen.

— Gruppe Alt. Sämtliche männliche Parteigenossen treffen sich Freitag, den 3. Juli, abends 6¼ Uhr bei Finnke, Tauentzienstr. 173 zwecks geschlossenem Abmarsch mit dem RFB.

— Ohlau. Freitag, den 3. Juli, abends 7,30 Uhr: Sitzung aller Funktionäre beim Ortsleiter. Wichtige Besprechung. Unbedingt erscheinen müssen die Mitglieder der Abteilungen Presse und Kasse, also auch alle Unterkassierer und die Erziehung der Jugend. Fehlende, die sich nicht beim Ortsleiter entschuldigt haben, werden zur Rechenschaft gezogen.

### Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Sonntag, den 5. Juli Propagandaausflug nach Sandberg. Wir treffen uns früh 6 Uhr am Weidendamm (Milchhäuschen). Jeder Genosse erscheint.

### Andere Organisationen

**RFB.** Breslau. Donnerstag, den 2. 7. abends 7 Uhr treffen sich sämtliche Kameraden im Marschanzug Brauerei, Ecke Salvatorstraße zum Abend-Ausmarsch. Jeder hat restlos zu erscheinen. Sämtliche Kameraden sind durch die Abteilungsführer zu benachrichtigen.

— RFB. Gruppe Alt. Alle Kameraden treffen sich Freitag, den 3. Juli, abends 6.45 Uhr im Garten bei Finnke, Tauentzienstraße 173.

— RFB. Gruppe Mitte. Freitag, den 3. Juli, nachmittags 6 Uhr, treffen sich sämtliche Kameraden uniformiert und in Zivil am Weißpunkt.

**RFB.** Breslau. Sonntag, den 5. Juli, vorm. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung des RFB. und Jungsturm im Lokal „Gambrinus", Lange Gasse.

Freiburg. RFB. und RJ. Sonnabend, den 4. Juli, abends 7,30 Uhr, Kameradschaftsabend im „Stern". Liederbücher mitbringen.

### Gewerkschaften

Breslau. Metallarbeiter-Fraktion. Alle Genossen, die im DMV. organisiert sind, erscheinen am Montag, den 6. Juli, abends 7,30 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße. Die Betriebsräte müssen restlos da sein. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Generalversammlung am 7. Juli. Referent Gen. Conolle.


**Roßfleisch und Wurstwaren**
empfiehlt gut und billig
**Alfred Müller**
Weißstein, Mühlengasse 7 und Sandberg, Schulstraße 6

**Erhard Hoetzel**
Altwasser, Poststraße 5
Kolonialwaren / Tabake
Spezialität: „Kaffee's"

**Wirtschafterin**
im Alter bis zu 45 Jahren
**sofort gesucht,**
eventuell Heirat. Offerten unter „Trautenau" an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Kaufhaus Matthiasstr. 63-65**
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
zu stets billigen Preisen
Filiale: Friedr.-Wilhelmstr. 97

**Schauspielhaus**
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
**„Hallo Hallo"**

Ausschneiden! Aufbewahren!
**Ein Wort an die Frauenwelt!**
Fort mit allen wertl. Angeboten auf hyg. und kosm. Gebiete.
Lassen Sie sich nicht verführen durch vielversprech. hochklingende Anpreisungen. Meine kräftig wirkenden Spezialmittel helfe: sicher. Auch in hoffnungslosen Fällen überraschende Wirkung schon in wenigen Stunden. Keine Berufsstörung. Vollkommen unschädlich. Garantie. Viele Dankschreiben. Diskreter Vers. p. Nachnahme.
**Frau Erna Kell,**
Hamburg 112,
Steindamm 39.
Teilen Sie mir vertrauensvoll Ihre Wünsche mit. Auch Sie werden mir dankbar sein.

**Schuh-Herz**
Blücherplatz 4

**Genossen, rüstet Euch für den Kampf!**
**DIE INTERNATIONALE**
Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
*
Die beiden großen Toten rufen Euch zu:
Schult Euch für den Kampf!
Jeder Kommunist muß ein Funktionär der Arbeiterklasse sein!
*
Folgt diesem Ruf und lest DIE INTERNATIONALE
Zu beziehen
durch die Literaturobleute und die
**Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Str. 50**

**Kommen Sie zu unserem Saison-Aus-verkauf!**
Es lohnt sich!
Messow Waldschmidt

½ kg Mk. 2.80, 3.00, 3.20 3.60, 3.80, 4.20, 4.40 u. 4.60
**Otto Stiebler, Zwingerplatz 5 und 26 Filialen**

# Was der Kumpel sagt!

## Die Kumpels der Königin-Luise-Grube für Vollamnestie

Am Sonntag, den 28. Juni, fand in Zaborze eine Belegschaftsversammlung der Königin-Luise-Grube statt. In dieser Belegschaftsversammlung sollte ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes sprechen über die Lage der Bergarbeiter in Oberschlesien. Da auf Wunsch eines großen Teiles der Belegschaft der Genosse Jadasch in dieser Versammlung anwesend war, wagten es die Helden vom Bergarbeiterverband nicht, ihr Referat zu halten. Wo war Krzymek? Hatte er Instruktionsstunde bei dem großen Führer Franz oder hatte er sich beim Kommunistenfressen den Magen verdorben. Es erschien also noch ein kleinerer als wie Krzymek. Aber sprechen mußte der Genosse Jadasch. Er fand allgemeine Zustimmung. Nicht nur bei den Kommunisten, sondern bei allen Versammelten. Es wurde dann noch Stellung genommen zu dem Los unserer Gefangenen und beschlossen, nachfolgende Entschließung an die Parteien im Deutschen Reichstag zu senden:

Entschließung:

Die aus allen Gewerkschaftsrichtungen zusammengesetzte Belegschaftsversammlung der Berginspektion 2 erhebt schärfsten Protest gegen die Klassenjustiz, die am deutschen Proletariat geübt wird.

Des weiteren fordern die Versammelten von den Fraktionen im Deutschen Reichstag, sich mit aller Kraft einzusetzen für eine Vollamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen. Darüber hinaus sind die Versammelten entschlossen, mit allen Mitteln für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen sich einzusetzen und eine Generalamnestie zu erzwingen.

Auch diese Versammlung zeigt wiederum, daß trotz aller Verleumdung die oberschlesische Arbeiterschaft sich immer mehr schart um die Kommunistische Partei. Daran ändert auch nichts die enge Verbindung und das Hand-in-Hand-Arbeiten der SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie mit den SP.- — pardon, Kriminalbeamten.

## Der große Lohntag

Von einem Waldenburger Bergarbeiter erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Bergarbeiter vom Oberen Revier, wer von euch kann mir Geld zur Anschaffung eines Winterüberziehers borgen? Im Sommer brauch ich keinen, aber im Winter ist dieser notwendig. Wenn ihr mir antwortet, daß ich ja erst vor kurzem Lohntag gehabt habe, und somit Geld haben müßte, so will ich euch vorrechnen, wie ich meinen Lohn in Höhe von 26 Mark und 80 Pfennig verbraucht habe. Von den 18 Mark Abschlag am Freitag kann ich nichts wegnehmen, denn dieses Geld braucht meine Frau. Hier die Rechnung:

| | | |
|---|---|---|
| Kohlenfuhre | 3.— | M. |
| Holzfuhre | 6.— | „ |
| Farbe zum Fensterstreichen | 2.70 | „ |
| Krankengeld für meine Frau | 2.— | „ |
| Miete | 3.— | „ |
| Lichtgeld | 1.30 | „ |
| Hemdenstoff | 2.— | „ |
| Leder | 5.— | „ |
| Anzahlung für Grubenjacke | 5.— | „ |
| Summa | 30.— | M. |

Um mir den Gerichtsvollzieher vom Halse zu halten, war ich also gezwungen, 3 Mark und 20 Pfennig vom Abschlag zu nehmen.

Noch zu bezahlen habe ich:

| | | |
|---|---|---|
| Für Arbeitsschuhe | 7.60 | M. |
| Schulden im Konsum | 4.55 | „ |
| Für Grubenhaue | 3.70 | „ |
| Summa der Schulden | 15.85 | M. |

Diese Schulden muß ich von dem nächsten Lohn bezahlen. Wenn ich dazu die notwendigsten Ausgaben rechne, und zwar:

| | | |
|---|---|---|
| Kohlenfuhre | 3.— | M. |
| Miete | 3.— | „ |
| Krankengeld für die Frau | 2.50 | „ |
| Lichtgeld | 1.30 | „ |
| Summa | 9.80 | M. |

so sind von dem kommenden Lohntag bereits 25.65 Mark weg, ohne daß ich an irgendwelche Neuanschaffungen denken kann.

Bergarbeiter, so geht es mir, der ich keine Kinder habe, den Monat zu Monat. Ich bin tatsächlich nicht in der Lage, mir einen Wintermantel zu kaufen.

Bei dieser Gelegenheit frage ich den Onkel Paul, der in der „Bergwacht", die sich „proletarisches" Organ nennt, immer so viel schreibt, ob er denn tatsächlich keinerlei Klassenbewußtsein besitzt. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte er über die Arbeiterbewegung anders geschrieben und sie nicht bloß lächerlich gemacht und verhöhnt. Kameraden, aus diesem Beispiel seht ihr, wie die „Bergwacht" für höhere Löhne der Arbeiter kämpft.

Kameraden, euch rufe ich zu: Geht geschlossen in die Freien Gewerkschaften hinein und zwingt die Führer, den Kampf für eine Lohnerhöhung und die 7-Stundenschicht aufzunehmen.

Tretet in die Reihen der Kommunistischen Partei ein und lest die kommunistische Presse!

## Die niederschlesischen Porzelliner

Von einem Waldenburger Bergmann erhalten wir nachstehende Zuschrift:

In der Nummer 22 der „Ameise", Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen von Deutschland, ist ein Stimmungsbild aus Niederschlesien veröffentlicht, das „Die Verelendung unserer Kollegenschaft" überschrieben ist. In diesem Artikel sind neben den Wohnungs- und Gesundheitsverhältnissen auch die Arbeitsverhältnisse in den Porzellanbetrieben geschildert. Es heißt da:

„Darüber, daß wir eine Leistungssteigerung von über 100 Prozent gegen die Vorkriegszeit zu verzeichnen haben, braucht man kein Wort zu verlieren. Was heute gehastet und geschuftet wird, ist mit Worten überhaupt nicht mehr zu schildern. Daß es an den nötigen Antreibern dabei nicht fehlt, sei nur nebenbei erwähnt."

Zur Bekräftigung dieser Worte werden in dem Artikel folgende Tatsachen angeführt:

In dem ersten Quartal des Jahres 1925 sind in den acht niederschlesischen Porzellanbetrieben nicht weniger als acht Betriebsunfälle zu verzeichnen, wobei nur die gewerkschaftlich organisierten Kollegen berücksichtigt sind.

Die Frühstücks- und Mittagspausen werden nicht innegehalten. Das Essen wird während der Arbeit eingenommen.

Die Ueberstunden sind bereits zur Gewohnheit geworden.

Die Lehrlinge erhalten keine Ferien.

Diese Zustände wirken sich in dem katastrophalen Gesundheitszustand der Arbeiter aus, der in dem Artikel folgendermaßen geschildert wird:

„Aber ob man (der Artikelschreiber denkt hier als echter Reformist an die Profite der Unternehmer) einen großen Vorteil davon hat, daß man die Arbeitskraft bis zum Aeußersten auspumpt und dann mit 30–35 Jahren siehe Arbeiter herumlaufen sieht, ist eine andere Frage. **Haben wir doch in unserer Zahlstelle Fälle zu verzeichnen, daß Kollegen mit 28 Jahren völlig invalide sind.**"

Was besagt dieser Artikel? Er besagt, daß es unsern Brüdern in der Porzellanindustrie nicht um einen Dreck besser geht als uns Bergarbeitern. Deshalb müssen wir uns zusammenfinden, um gemeinsam den Kampf gegen unsere Ausbeuter zur Erzwingung höherer Löhne zu führen. Es ist falsch vom Kollegen Lantermann, aus dessen Feder der Artikel stammt, wenn er, vielleicht unbewußt, für die in den Porzellanbetrieben herrschenden Zustände die Kollegen selbst verantwortlich machen will. [illegible] die Kollegen die Frühstücks- und Mittagspausen nicht tun? Weshalb machen sie so viele Ueberstunden? Doch bestimmt nicht deshalb, weil sie daran eine Freude empfinden, sondern nur deshalb, weil sie durch die niedrigen Löhne und die Antreiber gezwungen werden. Dasselbe trifft auch für die Bergbaubetriebe zu. Allerdings muß jeder Kollege trotz der niedrigen Löhne niemals freiwillige Ueberstunden machen und freiwillig auf die Pausen verzichten. Darin hat Lantermann recht: Lange Arbeitszeit ist kein Mittel zur Erkämpfung höherer Löhne.

Wir haben nicht danach zu fragen, ob etwas im Interesse der Unternehmer liegt. Nein, nur an uns selbst und an unsere Familie und Klassengenossen haben wir zu denken.

Deshalb fordern wir:

**Her mit einer ausreichenden Lohnerhöhung!**

**Her mit dem starren Achtstundentag über Tage und der Siebenstundenschicht unter Tage!**

## Was ein Kumpel zu dem neuen Lohnbetrug sagt

Ein Gottesberger Kumpel schreibt:

Ende Mai erhielten wir für den Monat Mai die 8proz entige Lohnerhöhung nachgezahlt. Fast alle waren der Meinung, daß daraufhin auch die 8 Prozent Lohnerhöhung für Gedingearbeiter in Frage käme, aber weit gefehlt, — am 15. Juni, dem riesengroßen Lohntag der Bergarbeiter, wo viele noch einen leeren sogenannten „Lohnrestbeutel" erhielten, — wurden die bereits schon herausgezahlten 8 Prozent Lohnerhöhung für Monat Mai wieder in Abzug gebracht. Viele enttäuschte Gesichter konnte man darum am Lohntage wahrnehmen, viele der Bergarbeiter waren wieder der Hoffnung beraubt, daß die Verbandsorganisation noch für uns eintritt. Keinen Pfennig mehr sind sie wert, wenn sie nicht mal imstande sind, die 8 Prozent, so eine niedrige Lohnerhöhung, für alle Arbeiter herauszuholen. Alle Zeitungen wußten von der Lohnerhöhung von 8 Prozent für die niederschlesischen Bergleute zu berichten, die Lebensmittelpreise schnellten darum auch wieder aufwärts, aber keine Zeitung außer der unsrigen findet sich, um den Betrug an uns Bergarbeitern zu entlarven, daß wir eben keine Lohnerhöhung erhalten, weil uns bereits die 8 Prozent wieder abgezogen wurden. So werden wir Bergarbeiter eben unaufhörlich belogen und betrogen. Die Lohnerhöhung kommt nur für Schichtlöhner in Betracht und das ist ein ganz kleiner Prozentsatz der Belegschaft, nicht für Gedingearbeiter, da doch bereits alle im Gedinge arbeiten. Also wieder mal ein nettes Geschäft für die Gruben- und Schlotbarone, welche für sich 30 Prozent Kohlentarifpreisermäßigungen auf der Reichsbahn sonderten, jedoch die Lohnerhöhung dafür uns Gedingearbeitern entziehen. Nur ein geschlossenes Auftreten und Vorgehen unsererseits im festen Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften können wir uns eine Lohnerhöhung, gemeinsam mit unseren Ruhrkumpels und den Oberschlesiern, erkämpfen.

Urbin.

## Wie die Bettler gekleidet

gehen die Waldenburger Kumpels und ihre Kinder. Durch nachstehende Zuschrift, die wir von einem Waldenburger Bergarbeiter erhalten, wird dieses aufs neue illustriert.

Werte Redaktion!

Die in der Beilage „Was der Kumpel sagt" veröffentlichten Briefe meiner Berufskollegen bewegen auch mich, an euch einen ähnlichen Brief zu schreiben. Ich will euch schildern, wie ich und meine Kinder gekleidet gehen und alles was wir an Kleidern besitzen, das heißt nicht besitzen.

Ich, das Familienoberhaupt, besitze weder einen anständigen Sonntagsanzug noch einen Ueberzieher. Ein paar Sonntagsschuhe besitze ich. Diese wurden im Jahre 1918 gekauft. Daraus kann man sich bereits einen Begriff über deren Beschaffenheit machen. Immerhin sind diese ohne weiteres als Sonntagsschuhe zu bezeichnen. Einen anständigen Sonntagshut besitze ich nicht. Der eine, den ich habe, muß Wochen- und Feiertags seinen Dienst verrichten.

Meiner Frau geht es genau so. Auch sie besitzt weder ein anständiges Sonntagskleid noch einen halbwegs annehmbaren Mantel. Ein paar gute Schuhe besitzt sie. Diese wurden gekauft jetzt vor sechs Jahren. Einen Hut besitzt sie nicht und geht bei gutem Wetter mit bloßem Kopfe und bei schlechtem Wetter schützt sie ihren Kopf mit Hilfe eines Kopftuches.

Was meinen Wäschebestand anbelangt, so kann ich diesen folgendermaßen beschreiben: Die Oberhemden, zwei Stück an der Zahl, sowie die andern Hemden sind in derart schlechter Beschaffenheit, daß ich mich immer schämen muß, wenn die Frau sie nach der Wäsche zum Trocknen in den Hof oder auf den Boden hängt. Der einzige Trost dabei für mich ist der, daß mein Nachbarn einen um nichts besseren Wäschebestand besitzen. Meine drei Paar Unterbeinkleider sind kunt und bunter geflickt. Das einzige von der Wäsche, was noch ganz ist, sind die zwei Paar Socken, die aber sehr bald ebenfalls gestopft werden müssen.

Die paar Stücke Bettwäsche, die wir noch unser eigen nennen, schreien nach Auffrischung, aber wo soll das Geld dazu herkommen?

Von meinen drei Kindern besitzt keines auch nur einen halbwegs anständigen Anzug. Ihre sämtliche Wäsche ist geflickt. Die Strümpfe, von denen jedes Kind nur ein Paar besitzt, sind gestopft. Wohl besitzt jedes Kind ein Paar Schuhe, aber diese sind von derartiger Verfassung, daß man jeden Tag ihr vollständiges Versagen befürchten muß.

Diese kurze Aufzählung ergibt, daß ich, der ich immerhin ein Vollverdiener bin, nicht in der Lage bin, meine Familie auch nur halbwegs zu kleiden. Der Abschlag, den ich jeden Freitag bekomme, langt kaum, um die in der Woche benötigten Lebensmittel zu beschaffen. Von dem Geld des Lohntages müssen sämtliche Monatsrechnungen beglichen werden, wie Miete, Gas, Licht usw. An irgendwelche, hauptsächlich größere Neuanschaffungen, kann nicht gedacht werden. Das über meinen Besitz an Kleidern und Wäsche.

Weil es aber falsch ist, nur zu klagen und zu jammern, deshalb will ich noch einige Worte zu der Frage verlieren, wie diesem Mißstand abgeholfen werden könnte, denn so schlecht wie mir geht es auch allen meinen Kameraden hier in dem Waldenburger Hungerland. Zuweilen versucht man uns mit dem Hinweis auf Neurode zu trösten, wo die Löhne der Bergarbeiter noch niedriger sind als bei uns in Waldenburg. Das ist der verkehrte Weg. Nicht auf die sollen wir sehen, die weniger als wir verdienen, sondern auf die, die bedeutend mehr als wir verdienen. Wir müssen eine Lohnerhöhung nicht bloß wünschen, sondern dafür auch kämpfen. Der größte Teil von uns ist immer noch gewerkschaftlich organisiert. Wozu ist der Bergarbeiterverband gut, wenn unsere Führer zu feig sind, den offenen Kampf zu proklamieren? Lediglich, um Beiträge zu zahlen und im Krankheitsfall eine kleine Unterstützung zu erhalten, dazu allein ist der Verband nicht geschaffen worden. Die Grubenbesitzer und auch die Gewerkschaftsführer sprechen immer und immer wieder von der Unrentabilität unserer Gruben, indem sie auf die Schwäche unserer Flöze und auf das geklüftete und schlechte Nebengebirge hinweisen. Dazu sage ich ganz offen, folgendes: Die Rentabilität der Gruben und die Profite der Grubenbesitzer sollen uns einen Dreck kümmern! Wir fordern einfach höhere Löhne — und damit basta! Wenn die Unternehmer glauben, die Gruben seien unrentabel, so sollen sie sie an uns abtreten.

Um einen erfolgreichen Kampf um eine Lohnerhöhung auch führen zu können, bedarf es natürlich der aktiven Beteiligung sämtlicher Kameraden. Sie sollen sich mehr als bisher um ihre Gewerkschaft kümmern und die Politik ihrer Führer beobachten. Nur auf diesem Weg, wenn wir uns selbst aufrütteln, werden wir Erfolge im Kampfe für höhere Löhne verzeichnen können. Und höhere Löhne bedeuten die Möglichkeit, uns besser kleiden und besser essen zu können.

## Beim Durchschießen schwer verunglückt

**Viktorgrube (Egmontschacht)**

Am 25. Juni früh verunglückte in der 3. Abteilung im Unterführungsquerschlag der Schlepper Max Wolf aus Oberhermsdorf. Wolf war damit beschäftigt, nach einem sogenannten Durchschießen die Berge wegzuräumen, als sich vom Hangenden ein 2 Zentner schweres Stück löste. Das Bergstück traf ihn am Kopf und Schultern und verletzte ihn schwer. Blutüberströmt wurde er geborgen und ins Knappschaftslazarett gebracht. Es ist nun ganz natürlich, daß bei dem Durchschießen die Gebirgsmassen in der Nähe reißen und brüchig werden, aus diesem Grunde ist Vorsicht immer am Platze. Diese Vorsicht ist wieder einmal außer Acht gelassen worden.

## Die Landeshuter Textilarbeiter gegen den Hungertarif

Die Landeshuter Textilarbeiter nahmen folgende Entschließung an:

„Die heute Donnerstag, den 25. Juni, im „Schwarzen Adler" tagende öffentliche Textilarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Ergebnis der bis jetzt geflogenen Verhandlungen, welche der unter besonders schlechten Existenzverhältnissen lebenden Textilarbeiterschaft die von der Organisation geforderte, der Notwendigkeit noch lange nicht entsprechende Mehrbezahlung unter unbeweisbaren Gründen verweigert. Dieses Verhalten der Arbeitgeber widerspricht dem von Arbeitgeberseite und dem von den Organisationsvertretern bisher vertretenen Gedanken der sozialen Einsicht und gegenseitigen Verständigung in der Arbeitsgemeinschaft. Das Verhalten der Arbeitgeber als Klasse der Ausbeuter muß der Organisation als Zusammenfassung der Ausgebeuteten den Weg des Klassenkampfes aufs neue weisen. Die Versammelten fordern, daß seitens der Organisation alles unternommen wird, um neben der restlosen Erreichung der Lohnforderung die Wiedererringung des Achtstundentages sowie die Abwehr aller geplanten wirtschaftlichen Verschlechterungen durch neue Steuern und Zölle zu erreichen. Unter diesen Umständen geloben die Versammelten, die Organisation durch Werbung neuer Mitglieder lückenlos zu gestalten, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die seitens des Zentralvorstandes aus politischen Gründen eigenmächtig verfügten Ausschlüsse von Verbandskollegen zurückgenommen und Abweisungen von Aufnahmen nicht mehr erfolgen."

# Kumpels, nehmt Stellung zu der Justizbrutalität an Max Hoelz!

# Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH., Berlin SW 61, Planufer 17


## Der 22. Genossenschaftstag in Stettin.

Auch der diesjährige Genossenschaftstag stand wieder im Zeichen des Kampfes gegen die kommunistische Opposition. Der russischen Genossenschaftspresse und der kommunistischen Tagespresse wurde der Zutritt zur Tagung verweigert. Einem Delegierten aus Zella-Mehlis verweigerten die Instanzen die Delegiertenkarte und ein Delegierter der Solinger Druckerei-Genossenschaft wurde nicht zugelassen, trotzdem er eine von der Bürokratie ausgestellte Delegiertenkarte besaß.

Zu den Steuer- und Schutzzollplänen der Luther-Regierung wurde nichts als „Protest" erhoben und eine „Warnung" an die Regierung gerichtet. An der Frage der politischen Gefangenen, der wachsenden monarchistischen Gefahr und des Vormarsches der Reaktion ging der Genossenschaftstag ganz vorüber. In der Genossenschaftspolitik selber sollen die „altbewährten genossenschaftlichen Grundsätze", die der Genossenschaftsbewegung das Fiasko gebracht haben, weitergeführt werden. Alle Geschäftsordnungsanträge der kommunistischen Opposition hat die Bürokratie überhaupt nicht zugelassen; die kommunistischen Anträge zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten wurden nicht einmal zur Behandlung gestellt. Was die einzelnen Redner der Hamburger Richtung erzählten, haben die meisten schon dutzende Male in denselben Worten auf den Genossenschaftstagen gesagt. Was braucht man sich dann weiter über die große Interessenlosigkeit an den Verhandlungen des Genossenschaftstages zu wundern? Die kommunistische Opposition hat auch in diesem Jahre zu allen Fragen — soweit es möglich war — ihre Auffassung gesagt, um den Genossenschaftsmitgliedern zu zeigen, welche Politik in den Konsumvereinen eingeschlagen werden muß. Zu allen wichtigen Tagesordnungspunkten lagen ausführliche Entschließungen der Opposition vor.

Es liegt jetzt an allen klassenbewußten Genossenschaftsmitgliedern dafür zu sorgen, daß nun die Konsumvereinsmitglieder selber über die Politik der Konsumvereine sprechen und entscheiden. Ueberall muß die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie gezwungen werden, sofort Generalversammlungen oder Vertreterversammlungen einzuberufen, wo Bericht vom Genossenschaftstag erstattet wird. Dort müssen die Konsumvereinsmitglieder über die Anträge der Opposition in Stettin entscheiden und damit bekunden, ob die Konsumvereine auch fernerhin ein Werkzeug im Dienste der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse oder wirkliche Kampforgane im proletarischen Existenz- und Befreiungskampfe sein sollen.

## Der Berliner Bezirksparteitag zur Genossenschaftsarbeit.

Auf dem am 6. und 7. Juni in Berlin stattgefundenen Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg wurde folgende

**Entschließung zur Genossenschaftsarbeit**

mit Majorität angenommen:

„Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg stellt auf Grund des Standes der Genossenschaftsarbeit des letzten Jahres fest, daß den wiederholten Aufforderungen an die Mitglieder der Partei, die Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften zu erwerben, nur von sehr wenigen Parteimitgliedern wirklich nachgekommen worden ist.

Der Bezirksparteitag bringt hiermit den Parteimitgliedern erneut nachstehend den Beschluß des EKKI. vom 31. Oktober 1924 in Erinnerung:

Jeder Kommunist ist verpflichtet, in eine Konsumgenossenschaft einzutreten und in der kommunistischen Fraktion, zu der die in der Genossenschaft organisierten Kommunisten zusammengefaßt werden müssen, eine gründliche Arbeit zu leisten, um die wegen der verräterischen Politik und Praxis der Genossenschaftsbürokratie oppositionell gestimmten Genossenschaftsmitglieder als Sympathisierende um die kommunistische Fraktion zu gruppieren.

Die kommunistischen Fraktionen müssen zusammen mit den Sympathisierenden einen systematischen Kampf zur Eroberung der Genossenschaften führen. Die Genossenschaften müssen von den verräterischen Führern gesäubert und den Klassenzielen des revolutionären Proletariats dienstbar gemacht werden.

In Anbetracht dieses Beschlusses des EKKI., sowie von der Tatsache ausgehend, daß in dieser nach Millionen zählenden Massenorganisation ernsthafte kommunistische Arbeit geleistet werden kann und muß, beschließt der Bezirksparteitag:

1. Die BL. wird beauftragt, unverzüglich eine großzügige Propaganda zum Eintritt in die Konsumgenossenschaften zu entfalten.

2. **Alle Parteimitglieder werden verpflichtet, innerhalb eines halben Jahres die Mitgliedschaft in der KG. zu erwerben.**

3. „Die Rote Fahne" wird angehalten, den Genossenschaftsgedanken nach den vom EKKI. und dem Pol.-Büro der Z. der Partei herausgegebenen Richtlinien eingehend zu propagieren.

4. Die Ortsgruppenleitungen bzw. Verwaltungs-Bezirksleitungen werden verpflichtet, unverzüglich den Ausbau der Bezirksfraktionen vorzunehmen und der Genossenschaftsfraktion ihre weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen."

Der Beschluß des Berliner Bezirks-Parteitags ist sehr zu begrüßen. Es ist noch immer eine Tatsache, daß viele Kommunisten keine Konsumvereinsmitglieder sind und dadurch offensichtlich — wenn auch ungewollt — die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie unterstützen. Wo ist bei diesen Genossen das proletarische Klassenbewußtsein?

In den übrigen Parteibezirken müssen überall erneut ähnliche Beschlüsse gefaßt und auch wirklich durchgeführt werden. Nur dann gelingt es uns, auch die Arbeiterkonsumvereine zu erobern.

## Kündigung aller Angestellten in den rheinisch-westfälischen Konsumvereinen.

Die meisten Konsumvereine in Rheinland-Westfalen haben auf Veranlassung der Unterverbandsleitung allen Angestellten gekündigt, weil bei den Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband der Angestellten (ZdA.) keine Einigung erzielt werden konnte und die Genossenschaftsbürokratie eine vollkommene Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beabsichtigt. Die Genossenschaftsbürokratie verlangt:

1. Einschränkung der Rechte der Betriebsräte
2. Verlängerung der Arbeitszeit,
3. Einführung der Sonntagsarbeit,
4. Kürzung der Ueberstundenvergütung,
5. Abbau der Ferien,
6. Abbau der sozialen Leistungen,
7. Verschlechterung der sanitären Einrichtungen,
8. Abbau des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises.

Da bisher eine Einigung zwischen der Genossenschaftsbürokratie und dem ZdA. nicht erzielt werden konnte, will die Genossenschaftsbürokratie mit den einzelnen Angestellten Arbeitsverträge abschließen.

Die klassenschädliche Politik der Genossenschaftsbürokratie nimmt immer größeren Umfang an. Nachdem schon seit Jahren der alte Grundsatz preisgegeben ist, daß in den Konsumvereinen eine Vorbildlichkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Angestellten gegenüber dem kapitalistischen Betrieb bestehen soll, versucht jetzt die Genossenschaftsbürokratie den seit Monaten gepredigten „Wiederaufbau" der Konsumvereine mit dem „altbewährten genossenschaftlichen Mittel" auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in den Genossenschaftsbetrieben durchzuführen. Sie besitzt nicht so viel Verständnis, um zu beobachten, daß durch diese Unternehmermanieren die Lage der Konsumvereine noch dauernd weiter verschlechtert, statt verbessert wird.

## Die 10 Unterverbandstage im Mai.

Die Juni-Nummer der oppositionellen „Genossenschaftszeitung"*) schreibt darüber:

„Im Mai fanden die diesjährigen zehn Unterverbandstage der Revisionsverbände des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" statt. Es war auch in diesem Jahre nur das übliche Bild: ein allgemeines Gejammere über den schlechten Stand der Bewegung, ohne den Versuch, dagegen mit allen wirklich erfolgreichen Mitteln anzukämpfen. Gejammere über die zu niedrigen Umsätze, zu niedrigen Geschäftsanteile, zu hohen Bankkredite, mangelnder „Treue der Mitglieder" usw. Auffallend war, daß jetzt schon die Regierungen fast überall keine Zeit mehr hatten, die Genossenschaftstagungen zu besuchen, so daß nun die Bürokratie auch noch über die „Verkennung" der Genossenschaftsbewegung durch die kapitalistischen Regierungen jammern muß.

In Mitteldeutschland, Sachsen, Rheinland und Württemberg kam es zu Auseinandersetzungen mit der Genossenschaftsbürokratie. Durch die neue Geschäftsordnung und die Ausschlußoffensive hat es die Bürokratie verstanden, nahezu jede Auseinandersetzung auf den Genossenschaftstagen unmöglich zu machen. Die Entschließungen der Opposition wurden nirgends verlesen; im Rheinland schaffte man nach dem ersten Tagesordnungspunkt die Diskussion überhaupt ab.

Um so energischer muß die Arbeit der proletarischen Opposition unter den Genossenschaftsmitgliedern sein. Dort muß alles Material von den Genossenschaftstagungen ausgenutzt werden. Die Mitglieder müssen jetzt in Versammlungen zu den Vorgängen auf den Genossenschaftstagen Stellung nehmen und sich entscheiden. Zweifelsohne wird da die Entscheidung anders als auf den Genossenschaftstagen fallen."

## Politische Maßregelungen sind unzulässig, sagt das Klassengericht der GEG.

Unter den Konsumvereinen, die immer mehr dazu übergehen, reaktionäre Scharfmachermanieren gegenüber den Arbeitern und Angestellten in den Genossenschaftsbetrieben anzuwenden, marschiert seit Jahren die Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG.) in Hamburg voran.

Weil die Geschäftsleitung annahm, daß die Kommunisten Mohrmann, Dohrn und Nels an der Herausgabe und dem Vertrieb des kommunistischen „GEG.-Proleten" beteiligt waren, wurden dieselben im Oktober 1924 fristlos entlassen. Jetzt fand der letzte Prozeß vor dem Arbeitsgericht in Hamburg statt, wobei die GEG. verurteilt wurde, dem Genossen Mohrmann 1813 M., dem Genossen Dohrn 1056,54 M., dem Genossen Nels 1190 M. Entschädigung zu zahlen. Außerdem muß Mohrmann wieder eingestellt oder eine Entschädigung von 2017,60 M. noch extra gezahlt werden. Das Gericht stellte fest, daß es sich um eine politische Maßregelung handle, die nicht zulässig sei. In der sehr langen Urteilsbegründung wird das durch folgende Sätze belegt:

„Es liegt der begründete Verdacht vor, daß der Kläger Mohrmann nur allein wegen seiner Zugehörigkeit zur KPD. aus dem Betriebe entfernt werden sollte. Das ist natürlich nicht zulässig. Die Reichsverfassung gewährleistet jedem deutschen Staatsbürger die Freiheit seiner politischen Gesinnung. Allen Versuchen, die Arbeitnehmer wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln, und die Arbeitsgerichte berufen, entgegenzutreten.

Die Kündigung eines Mannes, der während eines Zeitraumes von über 19 Jahren getreulich seine Pflicht getan und niemals Anlaß zu Tadel gegeben hat, stellt aber außerdem eine unbillige Härte im Sinne des § 84 Abs. 4 BRG. dar."

Natürlich hat die GEG. trotz dieses Beschlusses keinen der Entlassenen wieder eingestellt. Soweit sind also schon die sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokraten gekommen: das bürgerliche Klassengericht findet selbst diese Methoden zu reaktionär. Die Unternehmer können hier noch etwas lernen!

Wie lange soll diese Gesellschaft die Konsumvereine noch weiter schädigen können? Genossenschaftsmitglieder macht endlich Schluß. Heraus mit diesen Handlangern der Bourgeoisie.

*) Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Allg. Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen

## Klassenbewußte Genossenschaftsmitglieder!

Fordert überall durch die Sammlung der statutarisch notwendigen Unterschriften — in den meisten Konsumvereinen 30 — die sofortige Einberufung einer außerordentlichen

**General- oder Vertreterversammlung.**

Dort muß über den Genossenschaftstag in Stettin Bericht erstattet und müssen Maßnahmen zum Kampf gegen die Steuer- und Schutzzollpläne der Luther-Regierung beschlossen werden.

## Ein „Erfolg" der Genossenschaftsbürokratie.

Der Handelsminister der preußischen Regierung, Dr. Schreiber, hat jetzt durch eine Verordnung bestimmt, daß die achtstündige Betriebsruhe von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durchbrochen und für die Bäckereibetriebe der Beginn der Arbeit um 5 Uhr morgens festgesetzt wird. Es handelt sich hierbei nur um die Absicht der vollkommenen Wiedereinführung der Nachtarbeit, die etappenweise erreicht werden soll.

Die Genossenschaftsbürokratie kann jetzt einen „Erfolg" verbuchen. Ihre jahrelange Schrittmacherei für die Reaktion zur Wiedereinführung der Nachtarbeit wird „belohnt".

Die klassenbewußten Genossenschaftsmitglieder müssen zusammen mit den Bäckereiarbeitern eine gemeinsame Kampffront schaffen, um die Wiedereinführung der Nachtarbeit zu verhindern.

## Absolutismus im Schwarzenberger Konsumverein.

In der Generalversammlung im April hatten die Mitglieder mit 90 Prozent ein Mißtrauensvotum gegen die Geschäftsleitung angenommen, worauf der Aufsichtsrat beschloß, den Geschäftsführer Neubert zur Disposition zu stellen. Neubert weigerte sich, seinen Platz zu verlassen und die Arbeit zu übergeben. Durch sozialdemokratische Intrigen wurden zwei kommunistische Aufsichtsratsmitglieder aus der Genossenschaft ausgeschlossen. Die Einberufung einer Generalversammlung wurde durch den Vorstand verhindert. Jetzt hat die Unterverbandsleitung einen Kompromißvorschlag gemacht, die zwei ausgeschlossenen Kommunisten wieder in ihre alten Rechte einzusetzen, wenn die Kündigung des sozialdemokratischen Geschäftsführers rückgängig gemacht wird. Das Kompromiß ist von den Kommunisten abgelehnt, und es wird die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung erzwungen, wo mit der sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokratie abgerechnet wird.

## Ein neuer Anschlag auf die oppositionelle „Genossenschaftszeitung".

Seit der Schaffung der oppositionellen „Genossenschaftszeitung" hat die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie einen energischen Kampf zur Beseitigung des Oppositionsorgans geführt, der noch ständig verschärft worden ist. Im Herbst 1924 wurde den oppositionellen Konsumvereinen die Verteilung der Zeitung an die Mitglieder „verboten" und Vereine, die sich dem nicht fügten, sollten ausgeschlossen werden. Trotzdem ist die Auflage der „Genossenschaftszeitung" in der Zwischenzeit von 30 000 auf 80 000 Exemplare gestiegen. Jetzt hat die Genossenschaftsbürokratie den oppositionellen Konsumvereinen auch untersagt, fernerhin in der Zeitung Inserate aufzugeben. Trotzdem alle Konsumvereine außer in den bürgerlichen und sozialdemokratischen auch in den kommunistischen Zeitungen inserieren, hat die Bürokratie gewagt, das Inserieren in der Genossenschaftszeitung zu „verbieten". Aber ihr Ziel, die Vernichtung der oppositionellen „Genossenschaftszeitung", wird auch jetzt nicht erreicht! Alle oppositionellen Genossenschaftsmitglieder müssen noch intensiver als bisher in allen Verteilungsstellen der Konsumvereine und in Versammlungen die oppositionelle „Genossenschaftszeitung" verbreiten.

## Vertreibt während der Genossenschaftswoche überall Genossenschaftsliteratur!

**Lenin: Ueber das Genossenschaftswesen,** enthält sämtliche Genossenschaftsartikel und Reden Lenins mit einem ausführlichen Vorwort. 104 Seiten, Preis 70 Pfennig.

**Die Genossenschaft im Klassenkampf,** 24seitig, 20 Pf. Enthält außer Artikeln über den Internationalen Genossenschaftstag einen ausführlichen Artikel Sinowjews „Die Sozialdemokratie und die Genossenschaften", der zum ersten Male ins Deutsche übersetzt ist.

**Genossenschaftszeitung der Opposition,** Juni-Nummer, 12seitig, enthält außerordentlich wichtiges Material über die Unterverbandstage, die Vorgänge in der Berliner Genossenschaft, über die Verurteilung der GEG. usw.

Alles Genossenschaftsmaterial muß nicht nur in sämtlichen Partei- und öffentlichen Veranstaltungen, sondern vor allem auch in bzw. vor den Verteilungsstellen der Konsumvereine umgesetzt werden.

Alles Material ist zu beziehen außer durch alle Buchhandlungen direkt beim Allgemeinen Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen.


Verantwortlicher Redakteur: Edwin Hoernle, M. d. R., Berlin.
Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße